

**Keine 10-Millionen Schweiz**

Wieder in den Nationalrat



Thomas **MATTER** thomasmatter.ch

Gregor Rutz in den Ständerat!

Liste 1 SVP

# Der Zürcher Bote

WOCHENZEITUNG FÜR DEN MITTELSTAND  
PUBLIKATIONSORGAN DER SCHWEIZERISCHEN VOLKSPARTEI SVP DES KANTONS ZÜRICH

**Eidgenössische Politik**  
Krankenkassen: mehr Wettbewerb, weniger Staat von Toni Bortoluzzi  
Seite 2

**Kanton Zürich**  
Unfairer Wettbewerb durch ausländisches Billigfleisch von Sandra Bossert  
Seite 3

**Anlässe**  
SVP-Schiessen 2023 im Zeichen der Freiheit von Daniel Wäfler  
Seite 4–5

**Parlamentsgemeinden**  
Dietikon: eine Stadt im Wandel von Konrad Lips  
Seite 8

**Veranstaltungs-Tipp**  
Schweiz – wie weiter? Podiumsgespräch in Zollikon  
Seite 10

EIDGENÖSSISCHE WAHLEN AM 22. OKTOBER

## Richtig wählen – auch beim Ständerat!

Die SVP muss einen Mobilisierungs-Marathon hinlegen, um die Wahlen zu gewinnen. Nicht vergessen darf man die Ständeratswahlen. Mit Gregor Rutz stellt die SVP einen ausgezeichneten Kandidaten. Unverständlich, dass fast ein Drittel der SVPler Jositsch wählen möchten, der trotz moderatem Image auf SP-Parteilinie politisiert.

Am 22. Oktober geht es um die Wurst. Der SVP werden deutliche Gewinne vorausgesagt. Das ist nicht ungefährlich. Denn meistens handelt es sich bei den Deutern und Interpretieren um rote Propheten, hauptsächlich von SRF und Tamedia. Und gute Voraussagen können die eigene Basis einschläfern in der falschen Meinung, die Wahlen seien schon gelaufen und es komme auch ohne eigene Beteiligung gut heraus. Das Wichtigste also ist: Wir müssen mobilisieren, mobilisieren und nochmals mobilisieren. Denn eines hat sich in den vergangenen Jahren mit erschreckender Deutlichkeit gezeigt: Die Linken in den Städten und Agglomerationen marschieren diszipliniert an die Urnen. Sie wissen genau, dass sie in ihren fremdfinanzierten, verkehrsberuhigten Wohlfühllosen linke Mehrheiten sichern müssen. Nur so sprudelt das umverteilte Steuergeld weiterhin in ihre Kanäle.

Umso mehr ist jetzt Gegensteuer notwendig. Es kommt wirklich auf jede Stimme an. Denn der Nationalrat war in der 175-jährigen Geschichte des Bundesstaates noch nie so links wie in den letzten vier Jahren. Es brauchte nur ganz wenige Umfaller bei FDP und Mitte – wo regelmässig auch manche «Schein-

bürgerliche» sitzen – und die Abstimmung kippte nach links. Solange die Eidgenossenschaft besteht, ist noch nie so viel Geld ausgegeben worden. Es braucht jetzt mehr als einen Marschhalt. Es braucht eine Rückkehr zu den bürgerlichen Tugenden: zum Masshalten, zur privaten Wirtschaft, zur Entlastung der Bürgerinnen und Bürger.

**Bürgerliches Zeichen setzen**

Die Zeichen stehen nicht schlecht. Nicht einmal mehr die Medien können verschleiern, welch grosse Probleme uns die drohende Zehn-Millionen-Schweiz beschert. Nämlich Dichtestress, Stau, überfüllte Züge, Zubetonierung unserer Landschaft, überforderte Schulen und Spitäler, gestresste Sozialwerke, explodierende Krankenkassenprämien. Hinzu kommt aussenpolitisch die ständige Aushöhlung unserer Neutralität und der ungebremste Drang nach einer institutionellen Andockung an die EU. Damit kündigt die Politiker in Brüssel statt der Bürger in der Schweiz über unser Schicksal bestimmen. Wer hier etwas ändern will, hat im Kanton Zürich nur eine Wahl: die SVP-Liste Nummer 1. Die SVP muss nicht nur ihren Wähleranteil vergrössern, sondern auch die Zahl ihrer Parlamentarier. Im Kanton Zürich stehen die Voraussetzungen insofern nicht schlecht, als ihm neu 36 statt 35 Nationalratsmandate zustehen.

Nun mag man einwenden, die SVP werde selbst bei einem grossen Wahlsieg nicht die Mehrheit erlangen. Das ist richtig, aber dennoch zu kurz ge-

dacht. Wenn die SVP am 22. Oktober nämlich gut abschneidet, während die Parteien der Mitte stagnieren oder abstürzen, werden diese ihren Kurs überdenken. Weil man sich lieber nach dem Sieger als nach dem Verlierer ausrichtet, dürften sich dann FDP und Mitte auf ihre Wurzeln besinnen und wieder bürgerlicher politisieren. Auch darum ist es so entscheidend, die SVP zu stärken.

**Ständerat genauso wichtig**

Allzu oft geht im lauten Wahlkampfgetöse um den Nationalrat vergessen, dass der Ständerat als gleichberechtigte Kammer genau gleich viel zu sagen und zu bestimmen hat. Leider ist die SVP in der Kleinen Kammer im Vergleich zu ihrem Wähleranteil massiv unterrepräsentiert. Umso wichtiger ist es, dass auch die wichtige Stimme des Kantons Zürich dort wieder mit wenigstens einem echt bürgerlichen Ständerat vertreten ist. Unser Kandidat Gregor Rutz führt einen sehr engagierten Wahlkampf und bietet Gewähr für ein solides, bürgerliches Zürich. Auch seine Umfragewerte sind erfreulich, doch bedarf es noch zusätzlicher Anstrengungen, um ans Ziel zu kommen.

**Zu viele SVPler wählen Jositsch**

Was bei den Umfragen erstaunt, ist die Tatsache, dass der SP-Kandidat für das Ständeratsamt auf 52 Prozent Zustimmung kommt. Und schon fast erschüttert nimmt man zur Kenntnis, dass der linke Amtsinhaber Daniel Jositsch sogar

von einem Drittel der SVP-Wähler auf den Wahlzettel geschrieben wird. Gewiss, Jositsch verkauft sich jetzt als «Halbbürgerlicher», der in seiner Partei dem «Reformflügel» angehöre und darum für alle Zürcherinnen und Zürcher wählbar sei. Die Wahrheit sieht allerdings ganz anders aus: In so gut wie allen politischen Themen vertritt Daniel Jositsch im Ständerat den Kurs seiner SP. Schon im Nationalrat gab es kaum je eine Abstimmung, in der er von seiner Fraktion abwich.

Doch nicht nur das: In einem Mail seines Wahlkampfkomitees liess er unlängst wörtlich verlauten: «Die SVP will meine Wiederwahl mit einer gross angelegten Kampagne verhindern. Statt konstruktiven Kompromissen will sie die Menschen gegeneinander aufhet-

zen.» Und weiter: «Ich werde alles daran setzen, dass ihr das nicht gelingt. Und ich bin überzeugt: Gemeinsam können wir die SVP stoppen.» Sind das die Töne eines angeblichen Brückenbauers?

Nein, Daniel Jositsch verdient keine einzige SVP-Stimme. Ich empfehle Ihnen darum, neben Gregor Rutz den Namen der FDP-Kandidatin Regine Sauter aufzuschreiben. Der Kanton Zürich hat eine ungeteilte bürgerliche Standesstimme verdient.

Das könnte auch das Gewicht unseres Standes in Bundesbern wieder erhöhen und in der zweiten, genauso wichtigen Parlamentskammer wieder für vernünftige Mehrheiten sorgen. Bringen wir die Schweiz wieder auf Kurs. Am 22. Oktober haben wir die Chance dazu – aber wir müssen sie packen!



Thomas Matter  
Nationalrat SVP  
Meilen



Mit Gregor Rutz stehen die Chancen für eine verlässliche bürgerliche Vertretung im Ständerat so gut wie schon lange nicht mehr. Bild: ZVG

Alt-Gemeindepräsidentin Hagenbuch



Therese **Schläpfer**  
Wieder in den Nationalrat  
therese-schlaepfer.ch

2x auf Ihre Liste

Liste 1 SVP

Für mehr Freiheit und Eigenverantwortung!



In den Nationalrat

Roger **Bachmann**  
rogerbachmann.ch

Liste 1 SVP

In den Ständerat: Gregor Rutz & Regine Sauter

Sichere Zukunft für Gewerbe und Mittelstand

KMU geprüft KGV



Wieder in den Nationalrat  
Am 22. Oktober 2023  
2x auf Ihre Liste!

Bruno **Walliser**  
brunowalliser.ch  
bisher

Liste 1 SVP

In den Ständerat: Gregor Rutz zusammen mit Regine Sauter

«Ich wähle Romaine, weil sie sich für die KMUs und das Unternehmertum einsetzt.»



Heinz Eberhard,  
Verwaltungsratspräsident  
Eberhard Unternehmungen

KEINE HEISSE GARANTIERT LUFT

ROMAINE – ERFRISCHEND ANDERS  
2 x auf Ihre Liste www.romainerogenmoser.ch

SCHWEIZER QUALITÄT SVP Die Partei des Mittelstandes



Christoph  
Mörgeli

## Nicht ohne meine Tochter

Eveline Falk ist eine SRF-Filmemacherin. Sie verantwortet den SRF-Film über eine evangelikale Privatschule in Kaltbrunn. Wobei es gar nicht um diese Schule ging, sondern um den erfolgreichen Schokoladefabrikanten Jürg Läderach. Der laut Eveline Falk an dieser Schule geschlagen haben soll. Was er bestreitet. Und was Eveline Falk nicht belegen kann. Für den angeordneten Schaden muss sie nicht geradestehen. Sondern heimst dafür Preise und Ehrungen ein. Läderachs Schokolade kann jeder kaufen oder nicht kaufen. Eveline Falks SRF-Lohn müssen wir Prämienzahler zwangsweise zahlen. Seit dreissig Jahren. Damit finanzieren wir auch ihre linke Weltsicht. Denn wo SRF draufsteht, ist meistens SP drin. Eveline Falk bewarb mit Bild und Text die Wahl der St. Galler SP-Stadtpäsidentin Maria Pappa. Diese werde die Stadt «engagiert gestalten». Das stelle sie sich «wunderbar vor, und darauf freue ich mich». Eigentlich wäre SRF laut Leitbild «der Öffentlichkeit als Gesamtheit verpflichtet». SRF über sich: «Wir arbeiten unabhängig von politischen Interessen». Was Eveline Falk das Recht gibt, in Leserbriefen auf «die Bürgerlichen» einzudreschen. Die Tochter von SRF-Mitarbeiterin Eveline Falk sitzt für die SP im St. Galler Stadtparlament. Dafür kann die Mutter nichts. Oder doch? Bereits als Achtjährige wurde Tochter Jenny von Mutter Eveline an den Frauenstreik mitgeschleppt. Fast dreissig Jahre später – so erklärten sie stolz im «St. Galler Tagblatt» – «gehen die beiden Frauen wieder auf die Strasse». Die Tochter sagt: «Ich habe meine Mutter an viele ähnliche Anlässe begleitet – etwa an den 1. Mai oder den Frauentag am 8. März. Das hat mich geprägt.» Eveline Falk prangert in ihrem SRF-Film lautstark an, wie die Kinder in einer evangelikalen Schule mit christlich-konservativem Gedankengut beeinflusst werden. Wenn sie selber aber ihre achtjährige Tochter mit linken, feministischen Streikparolen indoktriniert, ist alles bestens. Dabei lassen sich christlich und sozialistisch leicht versöhnen: Gesegnet ist, wer SRF links liegen lässt.

## RÜCKBLICK AUF DIE HERBSTSESSION 2023

# Rat verpasst Chance zur Senkung der Gesundheitskosten

Die Vorschläge der SVP zu Kosteneinsparungen bei den Gesundheitskosten wurden alle abgelehnt. Die Mitte-Links-Mehrheit verhinderte auch einen bürgerlichen Vorschlag gegen die Überregulierung von Unternehmen. Eine Fortsetzung der Mitte-Links-Mehrheit wäre fatal.



Therese Schläpfer  
Nationalrätin SVP  
Hagenbuch

Der heftige Anstieg der Krankenkassenprämien auf nächstes Jahr wurde während der Session angekündigt. Trotzdem hat der Nationalrat die Weichen so gestellt, dass dieser Anstieg in Zukunft kaum gestoppt werden kann. Mit dem Kostendämpfungspaket 2 werden wir nun mehr Leistungserbringer haben, womit uns eine Mengenausweitung bevorsteht. Die Kostenübernahme bei Schwangerschaften wird vereinheitlicht, d.h., es gibt in diesem Bereich keine Konkurrenz mehr bei den Versicherern. Die Position von verschiedenen Leistungserbringern wie zum Beispiel Hebammen und Apothekern wird gestärkt, damit diese nicht immer auf (teure) Ärztemeinungen angewiesen sind. Leider kann jedoch niemand beziffern, ob es tatsächlich zu Kosteneinsparungen kommt, und falls ja, wie hoch diese ausfallen dürften.

**Kosteneinsparungen scheitern im Rat** Alle vorgeschlagenen Sparmassnahmen der SVP wurden vom Nationalrat abgelehnt, während die Ratslinke vergeblich versucht hat, die Chance zu nutzen

und den Leistungskatalog auszubauen und somit die Kosten in die Höhe zu treiben. Immerhin sollen Versicherte von ihren Versicherern über billigere Alternativen informiert werden.

Eine weitere Langzeitvorlage kommt nicht vom Fleck. Die Vorlage hat eine Vereinheitlichung von ambulanten und stationären Spitalleistungen zum Ziel. Diese Vereinheitlichung der Finanzierung verspricht enorme Kosteneinsparungen, da der bisherige Flickenteppich an Vorgaben damit der Geschichte angehört. Leider hat jedoch der Ständerat die Vorlage komplett überdehnt, weil auch alle Pflegeleistungen miteinbezogen werden sollen. Die ganze Vorlage droht, zum Finanzmloch zu verkommen. Nun ist der Nationalrat auf die Linie des Ständerates eingeschwenkt und fordert ebenfalls die Integration der Pflege in der Vorlage. Die SVP unterlag mit einem Antrag auf Streichung der Pflege aus der Vorlage.

Ein weiterer Vorstoss, um das Kostenwachstum in den Griff zu bekommen, wurde leider abgelehnt. Durch die Ermöglichung von Mehrjahresverträgen bei der Krankenversicherung sollten die jährlichen Prämienanstiege verringert oder sogar ganz verhindert werden können. Eine Mehrheit von Mitte-Links lehnte diese kostendämpfende Massnahme jedoch ab. Nur SVP und FDP stellten sich hinter diese Vorlage.

## Überregulierung für Unternehmen

Mit einer Vorlage sollte eine Regulierungsbremse für Unternehmen eingeführt werden. Die Grundidee dahinter ist, dass Erlasse, die Unternehmen stark belasten, einem qualifizierten Mehr unterstellt werden sollten. Damit wären besonders einschneidende Regulierungen im Parlament durch eine höhere Hürde für eine Annahme verhindert worden. Nachdem der Ständerat bereits in der Sommersession nicht darauf eingetreten ist, folgte ihm auch die linksgrüne Mehrheit im Nationalrat. Dies zeigt, dass es im Parlament leider zu wenig Unternehmer hat. Die grosse Kammer verwirft die notwendige Änderung des Parlamentsgesetzes und der Bundesverfassung. Somit verhindern die SP, die GLP, die Grünen mit entscheidender Mithilfe der Mitte exemplarisch die Einführung eines effizienten Instruments gegen Überregulierung. Mit einer Parlamentarischen Initiative, die vom Nationalrat in der Frühjahrsession angenommen wurde, wollte Nationalrat Gregor Rutz (SVP/ZH) die Sondersessionen auf ihren eigentlichen Zweck zurückführen; nämlich den Abbau, der in den Räten hängigen Geschäfte. So wäre es nicht mehr möglich gewesen, während der Sondersession Vorstösse einzureichen, da die Sondersession ja gerade dazu dient, die Flut von Vorstössen zu reduzieren, und nicht, diese zu vergrössern. Der Stände-

rat war jedoch ohne Gegenstimme der Ansicht, dass dieses Problem nur den Schweserrat betrifft. Er gab der Parlamentarischen Initiative keine Folge und empfiehlt dem Nationalrat, seine eigene Geschäftsordnung zu ändern. Bis dahin wird es auch weiterhin vorkommen, dass während Sondersessionen im Nationalrat mehr Vorstösse eingereicht als abgearbeitet werden.

## Grüne möchten «Kriegsgewinne» besteuern

Die Parlamentarische Initiative der Grünen forderte, eine gesetzliche Grundlage zu schaffen, um eine sogenannte temporäre Übergewinnsteuer auf Bundesebene einzuführen. Dabei sollte der Bund aufzeigen, welche Unternehmen aufgrund des Konflikts zwischen Russland und der Ukraine Gewinn erwirtschafteten. Dieser aus Sicht des Initianten moralisch verwerfliche Gewinn sollte dann speziell hoch besteuert werden. Der Parlamentarischen Initiative wurde keine Folge geleistet. Ein unnötiges Postulat forderte einen Bericht dazu, mit welchen Massnahmen die Situation von «nicht-binären» Personen verbessert werden könnte. Die letzte Session dieser Legislatur hat gezeigt, dass ein dringender Wechsel der Parteienlandschaft in Bundesbern nötig ist. Deshalb sind alle aufgerufen, ihre Verwandten und Freunde zu mobilisieren, die Liste 1 einzupacken und auf dem Ständeratzettel die Namen von Gregor Rutz und Regine Sauter zu vermerken. Den sozialistischen Kandidaten aufzuschreiben, ist unnötig.

## PRÄMIENEXPLOSION

# Krankenkassen – es braucht mehr Wettbewerb und weniger staatliche Lenkung

Die Prämien wachsen ungebremst. Daran ist hauptsächlich das Gesundheitssystem schuld. Es bestehen weder bei Anbietern noch bei Patienten Anreize, wirtschaftlich zu handeln. Die integrierte Versorgung würde das ändern.



Toni Bortoluzzi  
alt Nationalrat SVP  
Affoltern am Albis

Alle Jahre wieder, ist man geneigt zu sagen. Steigende Krankenkassenprämien gehören zur Spitze der gesellschaftlichen Probleme. Da hört man wiederkehrend von besonderen Bemühungen zur Gesetzeskorrektur, oder es werden einfach mehr Prämienbeiträge des Staates gefordert. Aktuell versucht man im Parlament, die seit über zehn Jahren diskutierte einheitliche Finanzierung ambulanter und stationärer Leistungen (EFAS) zu verabschieden. Damit könnte man Interessenskonflikte bei der Leistungserbringung vermeiden. Eine überfällige Massnahme.

Mit dem Einbezug der Langzeitpflege droht die Vorlage wegen Überladung Schiffbruch zu erleiden. Weitere Korrekturen am Gesetz sind weitgehend wirkungslose «Pflasterli»-Politik. Dazu gehört die aktuell angekündigte Reduktion der Medikamentenpreise sowie die Erhöhung des Selbstbehalts. Unsere Gesundheitsdirektorin, Regierungsrätin Rickli, brachte die Aufhebung des Obligatoriums in die Diskussion ein. Eine wirksame Massnahme zur Vermeidung gleichgültigen Leistungsbezugs. Allerdings dürfte eine solche Massnahme als Reduktion der Versorgungssicherheit empfunden werden und in einer Volksabstimmung kaum mehrheitsfähig sein.

## Wo liegt das Hauptproblem des ungebremsten Kostenwachstum?

Selbstverständlich sind die zunehmenden medizinischen Möglichkeiten, eine älter werdende Bevölkerung und vor allem auch die Einwanderung für die

Entwicklung der Gesundheitskosten verantwortlich. Die grösste Schwäche allerdings ist systembedingt. Der Anbieter bestimmt die Menge und der Kunde, d.h. der Patient, will ohne Einschränkung versorgt werden. Dies ohne jegliche wirtschaftliche Verantwortung. Es wird mehr oder weniger automatisch alles bezahlt. Die Kostenkontrolle der Krankenkassen funktioniert, konzentriert sich aber nur auf Ausreisser, die mit aufwendiger Beweislast zur Rechenschaft gezogen werden. Das Resultat: Gesundheitsökonomien sprechen von gegen 20 Prozent unnötige Leistungen zulasten der obligatorischen Krankenversicherung.

Das Krankenversicherungsgesetz (KVG) schreibt seit seiner in Kraftsetzung Mitte der 90er-Jahre vor, die erbrachten Leistungen zulasten der obligatorischen Krankenversicherung müssen wirksam, zweckmässig und wirtschaftlich sein. Alles klar, nur kontrolliert das niemand konsequent, und das oben beschriebene System begünstigt das Gegenteil. Um dem Gesetztext zu entsprechen, ist es unumgänglich: Die Grundversicherung muss gestrafft werden.

## Obligatorium stärken durch integrierte Versorgung

Das System des integrierten Versorgungsnetzes ist eine Möglichkeit dazu ohne Einschränkung medizinischer Leistungen. Es ist ein Zusammenschluss von medizinischen Fachpersonen, die dem Versicherten eine über die gesamte Behandlungskette koordinierte Behandlung anbieten. Die Leistungserbringer sind von den Krankenkassen unabhängig und in der Ausgestaltung ihres Netzes frei. Die Versorgungsnetze sind Betriebe, die mit den Krankenkassen Verträge aushandeln. Der Grundversicherte verpflichtet sich, Leistungen ausschliesslich über das gewählte

Versorgungsnetz zu beziehen. Darüber hinausgehender Leistungsbezug ist nur mit Zusatzversicherungen möglich.

Die Eigenständigkeit der zur Verschreibung von Leistungen zulasten der Grundversicherung berechtigten Medizinalpersonen wird durch die Einbindung in ein Netzwerk eingeschränkt. Der uneingeschränkte Zugang der Grundversicherten zu allen Anbietern von medizinischen Leistungen entfällt. Das Obligatorium wird auf solche Netzwerke beschränkt. Die Krankenkassen erhalten damit ein marktwirtschaftliches Modell und können im Interesse ihrer Versicherten mit einer Mindestanzahl Netzwerke Verträge abschliessen. Dadurch wird auch der Wettbewerb im überobligatorischen Bereich gestärkt.

## Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg!

Selbstverständlich ist mit einem solchen Modell die zunehmende medizi-

nische (Über-)Versorgung der Gesellschaft nicht einfach beseitigt. Es braucht den Willen, sich auf das Notwendige zu konzentrieren und die Leistungserbringer in die wirtschaftliche Pflicht zu nehmen. Mit der seit zehn Jahren in Kraft stehenden neuen Spitalfinanzierung wurde ein erster Schritt in die richtige Richtung getan. Die zunehmende ambulante Behandlung anstelle von stationärem Aufenthalt im Spital ist dabei eine weitere positive Entwicklung. Ärgerlich ist, dass die veraltete Tarif- und Finanzierungsordnung den veränderten Leistungsabläufen nicht gerecht wird und den Spitalern unnötig Defizite beschert. Ersten Korrekturen am System müssten weitere folgen. Ob der Druck stetig steigender Gesundheitskosten und die zunehmende Prämienlast etwas bewirkt? Die Gefahr besteht, dass man das entstandene zarte Pflänzlein von Leistungswettbewerb in der Gesundheitsversorgung durch staatliche Eingriffe bremst und auf weitergehende Massnahmen verzichtet.



Nicht nur die Patienten sind krank, sondern auch das Gesundheitssystem.

Bild: Pixnio.com

BERICHT AUS DEM KANTONS RAT

# Hitzige Debatte im Kantonsrat zum Seeuferweg

Die Uferinitiative beschäftigte den Kantonsrat am Montagmorgen. Die Debatte zeigte, dass die Nachteile hinsichtlich Naturschutz, Littering und Schutz des Eigentums überwiegen. Initiative und Gegenvorschlag blieben chancenlos.



**Nina Fehr Düsel**  
Kantonsrätin SVP  
Küsnacht

Bereits vor dem Rathaus am Morgen wurden Flyer und Schöggeli verteilt. Am Montag waren wir den ganzen Morgen im Kantonsrat mit einem Thema beschäftigt: Es ging um die Uferinitiative, welche durchgängige Uferwege am Zürichsee lancieren will. Wenn man bedenkt, dass eine solche Sitzung rund 60 000 CHF kostet, ist dies schon immens.

Zu Wort kamen zu Beginn Befürworter und Gegner der Initiative. Die Seite «Ja zu öffentlichen Uferwegen mit ökologischer Aufwertung» wurde von Julia

Gerber Rüegg vertreten, welche meinte, der Schutz des Eigentums sei sowie seitens Gesetz gegeben. Darauf folgte Domenik Ledergerber der SVP, welcher die linken Ideologien als sinnlos betitelte. Die Uferinitiative sei schädlich und führe zu Enteignungen. Yvonne Bürgin und Marzena Kopp der Mitte erwähnten, dass die Uferinitiative der Natur schade, da viele Uferzonen heute auch unberührte Abschnitte haben. Diese würden durch die Initiative zerstört.

**Uferinitiative bringt viele Nachteile**  
Die linke Seite sah dies natürlich anders. So sprach unter anderem Thomas Forrer der Grünen davon, dass die Seeuferinitiative dem Naturschutz diene und einfach umzusetzen sei. Einen durchgängigen Seeuferweg zu realisieren ist jedoch sehr komplex und teuer,

wie Sonja Rueff der FDP gut erkannt hat. Gemäss Schätzungen beträgt die Realisierung dieser Uferwege eine halbe Milliarde. Das Privateigentum wird angegriffen. Ausserdem ist die Initiative schädlich für Pflanzen und Tiere. Auch ich erwähnte, dass öffentliche Seeuferwege zu mehr Littering führen. Bereits heute ist Littering und Lärm an Seeuferzonen ein Problem. Dies hat zum Schluss auch Regierungsrätin Carmen Walker Späh betont. Menschenmassen seien für den Naturschutz grundsätzlich nicht geeignet und viele Enteignungen sind zu erwarten.

**Gegenvorschlag und Initiative chancenlos**

Schlussendlich folgte die Abstimmung. Fast alle Parteien und der Regierungsrat waren gleicher Meinung, dass auf den Gegenvorschlag nicht einzutreten sei. Der Gegenvorschlag ging weniger weit und sorgte für eine «gute öffentliche Zugänglichkeit der Uferzonen». Dieses Anliegen sei auch heute schon an vielen Orten erreicht, meinte die Allianz gegen die Uferinitiative. Auch die Hauptabstimmung war erfreulich. So stimmten die bürgerlichen Parteien und Mitteparteien gegen die Initiative. Die Volksinitiative für öffentliche Uferwege wurde abgelehnt, mit 97 zu 74 Stimmen mit einer Enthaltung. Es war grossartig, dass seitens der Bürgerlichen die Anwesenheitsquote sehr hoch war. Somit war dies ein erfreulicher Ratsmorgen.



**Vorbei mit der Ruhe? Die Uferinitiative möchte einen umspannenden Uferweg.**

Bild: Heike Baerbel (Pixabay.com)

SVP ENGAGIERT SICH FÜR TIERSCHUTZ

# Echtpelz aus tierquälerischen Zuchten hat in der Schweiz nichts zu suchen

Die SVP fordert das Verbot von Pelzimporten aus tierquälenden Zuchten. Schweizer Fleisch wird heute auch durch Billigfleisch von ausländischen Betrieben konkurrenziert, die unsere Tierschutzstandards nicht einhalten. Hier braucht es eine Deklarationspflicht.



**Sandra Bossert**  
Kantonsrätin SVP  
Wädenswil

Zusammen mit Nina Fehr Düsel habe ich im Kantonsrat erreicht, dass eine Ständesinitiative zum Importverbot von Echtpelz aus tierquälerischen Zuchten oder Wildfang in Bern eingereicht wird. Viele Winterjacken sind mit echten Pelzkrägen gesäumt oder Kappen mit echten Fellbommeln. Dabei ist den meisten Trägerinnen und Träger von solchen Fellprodukten überhaupt nicht bewusst, was für tierquälerische Methoden dahinterstehen. So vegetieren auch für den Schweizer Markt immer noch weltweit Millionen von Tieren in viel zu kleinen Käfigen und auf Drahtgittern zusammengepfercht. Getötet werden sie oftmals durch Schläge oder ihnen wird lebendig das Fell über die Ohren gezogen.

**Kontrolle funktioniert nicht**  
Die im Jahr 2014 eingeführte Deklarationspflicht ist völlig zahnlos. So wurden in all den Kontrolljahren bei 80% der Überprüfungen gravierende Mängel festgestellt. Dieser Umstand ist stossend, da gleichzeitig in der Schweiz die fast weltweit höchsten Tierschutzstandards gelten und jeder Landwirt oder Tierhalter beim kleinsten Verstoss sanktioniert wird. Pelzfarmen sind schon länger in den meisten europäischen Ländern verboten. Die vorgeschobenen Bedenken betreffend internationale Handelsverpflichtungen sind nichtig, da bereits heute Robbenprodukte, aber auch Hunde- und Katzenfelle nicht mehr importiert werden dürfen. Es gibt genügend Alternativen zum Echtpelz.

**Fleisch aus Tiertransporten soll deklariert werden**  
Ausserdem wurde von Nina Fehr Düsel und mir eine Ständesinitiative zum Thema Deklarationspflicht und Zollbeschränkungen von Fleisch, das durch

mehrtägige Tiertransporte aus dem Ausland importiert wurde, eingereicht. Das Anliegen wird ebenfalls in Bundesbern weiterverfolgt. Es kann nicht sein, dass unsere einheimischen Bauern die strengsten Tierschutzbestimmungen einzuhalten haben, aber man gleichzeitig Billigfleisch aus

**«Als Landwirtin liegt mir das Wohl der Tiere am Herzen.»**

dem Ausland nicht klar deklariert und es ebenfalls in unseren Discountern landet. Die Tiere sind oft tagelang, wenn nicht wochenlang, auf engstem Raum in Europa unterwegs, da das Schlachten in anderen Ländern günstiger ist. Dieses Fleisch sollte wenigstens entsprechend deklariert werden, damit es unser einheimisches Fleisch weniger konkurrenziert. Als Landwirtin liegt mir aber auch das Wohl der Tiere am Herzen!

KOMMENTAR ZUR RATSSITZUNG

# Uferinitiative – schädlich und gefährlich!



**Anita Borer**  
Kantonsrätin SVP  
Uster

Ökologische Aufwertung, Uferweg und Erholung für alle – das klingt gut. Verkaufen können die Initianten der schädlichen Uferinitiative. Doch damit bin ich bereits am Ende der möglichen Komplimente angelangt. Wie das bei mancher Werbung vorkommt, steckt immer das dahinter, was sie verspricht.

Was steckt hinter den schönen Parolen? Worum geht es den Initianten wirklich? Das wird erst auf den zweiten Blick klar – und das ist gefährlich! Eigentlich müssten die Initianten, wie dies bei schädlichen Produkten der Fall ist, eine Warnung auf ihre Initiative kleben: «Diese Initiative ist gefährlich. Diese Initiative rüttelt an den Grundfesten unseres Rechtsstaates.»

Die Initiative ist nichts anderes als ein Frontalangriff auf die Eigentumsfreiheit. Warum? Aktuell ist im Strassengesetz verankert, dass bei der Erstellung von Uferwegen auf Eigentumsverhältnisse Rücksicht genommen werden soll. Das wollen die Initianten streichen – und so Enteignungen in Kauf nehmen.

Enteignungen sind Ultima Ratio und müssen Ultima Ratio bleiben. Sie kom-

men im seltenen Fall zum Zug, wenn das öffentliche Interesse eine solche extreme Massnahme eindeutig und alternativlos erfordert, wenn es nicht anders geht. Und wirklich nur dann! Das ist hier definitiv nicht der Fall. Die Befürworter der Initiative widersprechen und schieben das öffentliche Interesse vor. Doch genau dies zeigt, wie respektlos sie Eigentum gegenüberstehen. Es sind genau diese Kreise, die am liebsten auch enteignen würden, um Dachterrassen und Innenhöfe öffentlich zu machen, und letztlich das Eigentum gänzlich abschaffen wollen.

Die SP-Regierungsrätin Jacqueline Fehr hat es kürzlich in ihrem eigenen Blog ungeschminkt so formuliert. Sie schreibt – und es widerspiegelt leider auch die Haltung der Befürworter: «It's the property, stupid! Das Eigentum und in ganz besonderem Ausmass das Grundeigentum: Sie sind das Generalproblem der Welt. Hier müssen wir ansetzen.»

Diesen Satz muss man sich auf der Zunge zergehen lassen. Das Grundeigentum als Generalproblem der Welt. Ich hoffe doch, dass die Wählerinnen und Wähler solchen Tendenzen am 22. Oktober einen Riegel schieben. Bei der Uferinitiative müssen wir es uns bis zu den Abstimmungen am 3. März 2024 immer wieder vor Augen führen: «Diese Initiative ist schädlich. Diese Initiative rüttelt an den Grundfesten unseres Rechtsstaates.» Am 3. März gilt es, diese wuchtig abzulehnen.

WORTE DES PARTEIPRÄSIDENTEN

# Häsch scho gwählt? Übernimm jetzt Verantwortung!

Seit zwei Wochen frage ich bei jeder Begegnung: «Häsch scho gwählt?» Viel zu oft lautet die Antwort: «Nein, wieso auch?» Ich antworte: «Du musst wählen, Wählen bedeutet, Verantwortung zu übernehmen.»

Wir stehen vor wegweisenden Richtungswahlen. Die so selbstverständlichen Dinge in unserem Leben und unserem Land drohen verloren zu gehen. Genügend Nahrung, genügend Strom oder auch nur ein Dach über dem Kopf zu haben, wird teurer und komplizierter zu beschaffen. Und wenn wir so weitermachen, ist eine ausreichende Versorgung bald nicht mehr selbstverständlich. Und dies nur aufgrund von eklatanten Fehlern unserer linksgrünen Politiker, welche lieber der EU und ihrer Klimaideologie nahefeiern, anstatt sich um das Wohl der Schweizerinnen und Schweizer zu kümmern.

Das Bevölkerungswachstum in der Schweiz explodiert durch die unbegrenzte Zuwanderung. Bereits über neun Millionen Menschen leben in der kleinen Schweiz. Wohnraum wird immer knapper und teurer.

Täglich werden zwölf Fussballfelder Kulturland zubetoniert. Der Selbstversorgungsgrad mit Lebensmitteln sinkt folglich von Tag zu Tag. Im kommenden Winter droht wiederum eine Strommangellage. Die linksgrüne Politik setzt unsere Grundbedürfnisse aufs Spiel: Nahrung, Energie und ein Dach über dem Kopf zu haben.

Den Weg aus der Sackgasse, den Richtungswechsel, können wir bei den Na-

tional- und Ständeratswahlen am 22. Oktober schaffen. Die Couverts sind in jedem Haushalt eingetroffen. Jetzt müssen wir mobilisieren und jeden Stimmberechtigten in unserem Umfeld an die Urne bringen. Denn mindestens jeder dritte Wähler wählt SVP. Weil nur die SVP Politik für die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land macht.

Wählen bedeutet, Verantwortung zu übernehmen. Verantwortung für die politischen Entscheide in unserem Land. Verantwortung dafür, dass die gewählten Politiker den Errungenschaften unserer Vorfahren wie Freiheit, Sicherheit und Wohlstand weiter Sorge tragen. Verantwortung für das Leben und die Zukunft unserer Kinder und Grosskinder in der Schweiz.

Übernehmen wir gemeinsam Verantwortung, gehen wir wählen und mobilisieren dazu unser ganzes Umfeld, es uns gleich zu tun und SVP Liste 1 und Gregor Rutz in den Ständerat zu wählen. Für eine sichere Zukunft in Freiheit in unserem wunderbaren Land. Danke für Deine Unterstützung!



von **Domenik Ledergerber**

- 1** Nationalratswahlen: Die Liste 1 SVP abtrennen. Übrige Listen ins Altpapier werfen. Achtung: Nur eine Liste (Liste 1 SVP) verwenden. Sonst ist Ihre Stimme ungültig!
- 2** Ständeratswahlen: Gregor Rutz (SVP) und Regine Sauter (FDP) auf den leeren Wahlzettel für den Ständerat schreiben.
- 3** Den Stimmrechtsausweis unterschreiben. Sonst ist Ihre Stimme ungültig!
- 4** Die unveränderte Liste 1 SVP für den Nationalrat und den ausgefüllten Wahlzettel für den Ständerat in das kleine Couvert legen, dieses verschliessen.
- 5** Das kleine Couvert ins Wahlcouvert legen.
- 6** Den Stimmrechtsausweis ins Wahlcouvert legen.
- 7** Den Stimmrechtsausweis so ins Wahlcouvert legen, dass die Adresse der Gemeinde vorne ersichtlich ist.
- 8** Das Wahlcouvert rasch auf die Post bringen. Ab Mittwoch, 18. Oktober, nicht mehr brieflich wählen! Ab dann das Wahlcouvert nur noch in den Gemeindebriefkasten werfen oder am 22. Oktober zur Urne bringen.

**Für eine sichere Zukunft in Freiheit!**

In den Nationalrat

Am 22. Oktober:  
In den Ständerat: **Gregor Rutz** zusammen mit Regine Sauter

**2x auf Ihre Liste**

**Anita Borer** [anitaborer.ch](http://anitaborer.ch)

**Domenik «Lädi» Ledergerber** [domenikledergerber.ch](http://domenikledergerber.ch)

**Liste 1 SVP** Die Partei der Mitte und Rechts

SVP-SCHIESSEN 2023

# Tösstaler Schützenfest im Zeichen der Freiheit und «vo de normale Lüüt»



**Daniel Wäfler**  
Kantonsrat SVP  
Gossau

Das SVP-Schiessen, das traditionelle Schützenfest der SVP des Kantons Zürich, fand dieses Jahr im Bezirk Hinwil vom 22. September bis zum 24. September statt. Nach dem Vorschiesen am Freitag davor, begann das Schiessen am Freitag um 18 Uhr und dauerte bis zum späteren Sonntagnachmittag. Es wurde nicht irgendwo im Bezirk Hinwil ausgetragen, sondern in Fischenthal, einer Hochburg des Freiheitswillens im Kanton Zürich. Das SVP-Schiessen im Tösstal war somit ein starkes Bekenntnis zur Schützentradition und der Meinungsfreiheit, welche im Tösstal immer noch lebendige Werte sind. Das Organisationskomitee unter dem Vorsitz von SVP-Bezirkspräsident René Schweizer organisierte den sehr gelungenen Anlass zusammen mit den Feldschützen Fischenthal und der wackeren Mithilfe von engagierten SVP-Mitgliedern.

## Lebendige Schützenradition

An die 500 Schützinnen und Schützen fanden über die Festtage den Weg nach Fischenthal und stellten sich dem Schiesswettbewerb. Die Festwirtschaft sorgte für das leibliche Wohl und im Service unterstützen die Nationalrats-Kandidatinnen und -Kandidaten. Zusammen mit der musikalischen Unterhaltung durch die Fischenthaler Blaskapelle FIBLASKA war eine richtige Feststimmung stets gegeben. Nach dem Schiesswettbewerb und den vielen guten Gesprächen feierten alle Gäste dem Absenden am Sonntagnachmittag entgegen. Nach Schiessschluss arbeiteten die Schützenmeister fieberhaft an der Auswertung und konnten diese dann an René Schweizer übergeben. Bevor die Sieger gekürt wurden, standen aber mit den Festreden von Nationalrat Beni Fischer und Nationalrat und Ständeratskandidat Gregor Rutz schon zwei Höhepunkte an, welche mit grossem Applaus verdankt wurden. Beide Redner appellierten an die Anwesenden, zur Wahl zu gehen und das Umfeld zu mobilisieren. Überragenden Applaus gab es auch für den Auftritt von alt Bundesrat Ueli Maurer. Auch der ehemalige Bundesrat appel-



**Das Organisationskomitee des SVP-Schiessens 2023: René Schweizer, Fredi Bertschinger, Florian Gerber, Hans Lazzarotto, Susanne Gerber (hinten), Seraina Billeter, Markus Hausammann und Andres Hausammann (v.l.n.r.).** Bild: ZVG

lierte an die Anwesenden, sich voll für die Freiheit und somit die Liste 1 einzusetzen. Es müsse wieder möglich sein, ohne Angst die Meinung zu äussern. Es brauche eine Politik für die normalen Leute, meinte er weiter.

## Beeindruckende Resultate

Gestärkt durch diese markigen Worte begann dann das eigentliche Absenden durch René Schweizer und Susanne Gerber. Als erstes durfte Martin Derrer aus Uster als Sieger der Kategorie A für seine 99 Punkte einen Preis entgegennehmen. In der Kategorie D wurde



**Guido Berger, bester Schütze der Kategorie D, zusammen mit NR-Kandidat und OK-Präsident René Schweizer.** Bild: ZVG

Guido Berger aus Bachenbülach mit 96 Punkten Sieger. Bester Schütze der Kategorie E wurde der Fischenthaler Markus Hausammann mit 96 Punkten, was mit einem Riesenapplaus verdankt wurde. Sieger des Auszahlers wurde José Cuna aus Volketswil mit 387 Punkten. Bei den Bezirksgruppen führte die Volketswiler Gruppe «Hammer» die Rangliste mit 293 Punkten an. Bei den Damen die Gruppe «Eichholz Fraue» aus Aesch mit 267 Punkten und bei den Familien die «Steger Mafia» aus Fischenthal mit 268 Punkten. Bei den Junioren führte Laurent Müller aus Aesch mit 91 Punkten und

bei den Juniorinnen Sina Aeschlimann aus Pfäffikon mit 81 Punkten. Nach dem Absenden und der Verdankung von Sponsoren und OK durch René Schweizer sprach Res Hausammann von den Feldschützen Fischenthal noch ein markiges Schlusswort und damit endete das SVP-Schiessen 2023 offiziell, aber noch nicht der Festbetrieb im Zelt. Die SVP steht auch weiterhin voll hinter den Schützinnen und Schützen und für den Erhalt der freiheitlichen Rechte im Land. Dies soll auch weiterhin so sein und wird hoffentlich am 22. Oktober bei den Wahlen wieder gestärkt werden.

## Rangliste Kat. A

Rang	Name	Vorname	Res	Tiefsch	Jg	SVP-Bezirk	Verein
1	Derrer	Martin	99	97	1971	Uster	Volketswil
2	Kolb	Oskar	99	96	1951	St.Gallen	Wittenbach
3	Oberholzer	Martin	98	100	1953	Hinwil	Wald

## FALSCH POLITISCHE SCHWERPUNKTSETZUNG

# Warum wird der Strom immer teurer?

Die Strompreise explodieren. Politisch vorausgesehen hatte das nur die SVP. 2024 wird ein durchschnittlicher Familienhaushalt rund 480 Franken mehr ausgeben für den Strom als vor zwei Jahren.

Rw. Es ist kaum zum Aushalten, Es wird geschimpft auf die Stromunternehmen und über die hohen Strompreise lamentiert. So einfach ist es aber nicht. Wir haben jetzt schon zu wenig und zu teuren Strom. Massgebend für die heutige Situation sind unter anderem die Falschaussagen der damaligen Energievorsteherin Doris Leuthard. Sie behauptete bei der Abstimmung über die Energiestrategie, dass der «Umbau» nur wenige zusätzliche Franken mehr kosten würde. Das ist nachweislich falsch. Diese Argumente übernahmen neben SP und Grünen auch Grünliberale und Mitte – gegen die Bürger und Konsumenten. Vorbehaltlos und bis zum heutigen Tag. Statt auf eigene Stromproduktion zu setzen, wurden Stromimporte forciert und gleichzeitig das Kernkraftwerk Mühleberg stillgelegt.

Gemeindeverantwortliche aller Parteien gegenseitig auf die Schulter, wenn in ihrer Gemeinde möglichst viele Ölleistungen oder Gasheizungen verschrotet werden.

Dabei haben sie mitgeholfen, dass die Energie teurer wird. Statt klarem Denken übernahm eine ideologische Klimapolitik das Ruder.

Die höheren Strom- und Energiepreise sind logisch, wenn Heizöl, Benzin und Diesel politisch geächtet werden und propagiert wird, dass Heizen und Autofahren bald nur noch elektrisch möglich seien. Selbstverständlich führt auch das massive Bevölkerungswachstum zu einem viel höheren Strombedarf.

All jene, die behaupten, der Umstieg würde sich wirtschaftlich lohnen, vergessen, wie viele Opfer sie am Wegesrand liegen lassen. Zu hohe Energiepreise gefährden insbesondere die energieintensiven Unternehmen und sozial Schwache.

## Unrealistische politische Vorgaben

Interessant ist eine neue ETH-Studie, die nachweist, dass die Schweiz die bestehenden Kraftwerke länger laufen lassen sollte. Die Wissenschaftler gehen davon aus, dass die Sonnen- und die Windkraft im Jahr 2035 gut 30 Prozent weniger liefern werden, als von der Politik veranschlagt. Das zeigt eben, dass diese politischen Vorgaben fromme Wünsche bleiben und wenig mit der Wirklichkeit zu tun haben.

## Atomkraft nicht behindern

Als einzige Partei hat die SVP die Atomkraft in der Schweiz nie infrage gestellt. Statt diese zu fördern, oder zumindest nicht zu behindern, machen oder machen alle anderen Parteien das Gegenteil. Wie die Abstimmung im Kanton Wallis über baurechtliche Schnellschüsse im Solarbereich zeigt, weiss das Volk inzwischen auch, dass alles unternommen wird, um am Volk vorbei Energiepolitik zu machen. Es gilt nach wie vor, alle Energien zu nutzen. Politisch gesehen muss aber erkannt werden, dass Energie international zur Ausübung machtpolitischer Interessen benutzt wird und dass nur einheimische Energieträger die Versorgung auch im Krisenfall sicherstellen können.

## SVP ZÜRICH 6

# Standaktion mit guten Gesprächen

Bei strahlendem Sonnenschein führte die SVP Kreis 6 am vergangenen Samstag eine Standaktion am Schaffhauserplatz durch. Bis auf einen unflätigen Linken, der sich lauthals an unserem 10-Millionen-Schweiz Plakat störte, waren alle Besucherinnen und Besucher sehr freundlich und es entstanden gute Gespräche. Viele Standbesucher hoffen, dass die SVP die Wahlen im Herbst ge-

winnt. Genau dafür stehen wir Samstag für Samstag auf der Strasse. Auch in der Stadt fürchten sich viele Menschen vor dieser Masseneinwanderung. Mieten schiessen durch die Decke, Krankenkassenprämien kennen nur die Richtung nach oben und jetzt explodieren auch noch Strompreise. Es reicht!

Walter Anken, Gemeinderat SVP, Zürich



**Der Stand wurde betreut von Beat Camen (Vizepräsident SVP Zürich 6) Benedikt Hoffmann (alt KR) und Christiaan Neijzen (Vorstand SVP Zürich 6).**

Bild: Walter Anken

## SVP ZÜRICH 11

# Puurebrunch mit mitreisendem Programm

Bei schönstem Spätsommerwetter fand am Sonntag, 17. September 2023, der traditionelle Puurezmorge der SVP Zürich 11 statt. Nahezu hundert Personen fanden den Weg auf den Bauernhof Schumacher in Zürich-Affoltern. Nachdem sich die Gäste am reichhaltigen morgenbuffet kulinarisch verwöhnt hatten, eröffnete Stephan Iten, der Kreisparteipräsident der SVP Zürich 11, den politischen Teil. Im Anschluss begrüßte die Parteipräsidentin der SVP Stadt Zürich, Camille Lothe, die Anwesenden und führte durch die Vorstellung der Nationalratskandidaten/-innen. Diese stellten sich vor und erläuterten ihre Schwerpunkte. Unser Ständeratskandidat Gregor Rutz kam an diesem Morgen bereits an die zweite Veranstaltung mit Morgenessen, wie er in seiner mitreisenden Rede erwähnte. Die SVP-Kernthemen Unabhängigkeit, Sicherheit und Freiheit sind aktueller denn je. Es gilt, Sorge tragen, damit wir diese nicht leichtsinnig aufs Spiel setzen. Nun gilt es, die Wählerinnen und Wähler zu mobilisieren. Es ist wichtiger denn je, am 22. Oktober 2023 an die Urne zu

gehen, die Liste 1 einzuwerfen und mit Gregor Rutz der erstrebten SVP-Ständeratssitz nach Zürich zu holen.

Peter Schick, Kantonsrat SVP Zürich



**Politische und kulinarische Köstlichkeiten gabs auf dem Bauernhof Schumacher. V.l.n.r.: KR Susanne Brunner, NR Mauro Tuena, NR Alfred Heer, NR Gregor Rutz, Camille Lothe und KR Ueli Bamert.** Bild: ZVG

**Im Nationalrat sorged mir für meh – Unabhängigkeit, Freiheit und SVPe!**

**Nächster Halt: Sa. 7. Okt. 11-14.00 Uhr Schützenweg 5 Richterswil**

**Weitere Tourdaten:**  
Sa. 14. Oktober 11-14 Uhr Grabenplatz Winterthur  
Fr. 20. Oktober 16-19 Uhr Rathausbrücke Stadt Zürich

Geniessen Sie Tommys Matter-Hörnli, Lädli Hof-Glace und Anitas Erfrischungen!

**Wahlen 22.10.23**  
In den Ständerat: Gregor Rutz  
In den Nationalrat: Liste 1 SVP

In den Nationalrat:  
Domenik «Lädi» Ledergerber  
Anita Borer  
Bisher Thomas Matter

**Einladung zum Feiernabend Anlass mit Gregor Rutz**

**Datum:** Freitag, 13. Oktober 2023  
**Ort:** Stallstube (Schopf), Reilikonstrasse 53, 8124 Maur  
**Zeit:** 17.30 – 19.30 Uhr  
**Grusswort:** Bruno Sauter (Präsident Gewerbeverein Maur)

Gregor Rutz setzt zum Schlusspunkt an!  
Die SVP Maur freut sich, Sie zum «Feiernabend Anlass mit Gregor Rutz» einzuladen.  
Gregor Rutz kandidiert bei den kommenden Nationalen Wahlen für den Ständerat und freut sich auf einen gemütlichen Austausch mit Ihnen.

Präsident SVP Maur a. i. Reto Surbeck  
Vizepräsident SVP Maur Rico Vontobel

Nicht vergessen am 22. Oktober: SVP Liste 1 wählen und Gregor Rutz in den Ständerat

## SVP SEKTION WINTERTHUR

## Eine Bezirksbehördenkonferenz voller Spannung

«Wer kümmert sich um unsere Volkswirtschaft und um unsere Arbeitsplätze?», fragte Peter Uhlmann, Organisator der Bezirksbehördenkonferenz, die am 15. September im Herzen von Töss stattfand, in die Runde der anwesenden Behördenmitglieder der SVP und beantwortete seine rhetorische Frage sogleich mit den folgenden Worten: «Zu 90% die KMU.» Dies führte den rund 30 geladenen Gästen nochmals vor Augen, wie essenziell gute Rahmenbedingungen für die KMU sind und weshalb die Vermeidung von unnötigen Auflagen sowie Vorschriften uns allen zugute kommt. Das Gastrecht gewährte die ELPAG Elektrotechnik AG, die nicht nur ihre Räumlichkeiten zur Verfügung stellte, sondern auch den Anlass mit einem liebevoll angerichteten Apéro eröffnete. Letzterer ermöglichte gleich zu Beginn angeregte Gespräche unter den Teilnehmern und nicht zuletzt mit den vollzähligen Nationalratskandidaten der SVP des Bezirks Winterthur.

Ich möchte die beste Elektrofirma in Winterthur sein», verkündete Adrian Kunz, Gastgeber und Firmeninhaber der ELPAG, voller Stolz und Zuversicht. Er bietet fünfzig, zumeist langjährigen Mitarbeitern einen Arbeitsplatz und legt grossen Wert auf den Teamgeist seiner Angestellten, die er alle auch auf privater Basis kennt. Da Herr Kunz auf spezialisierte Fachkräfte im handwerklichen Bereich angewiesen ist sowie als Arbeitgeber nicht an Attraktivität einbüßen möchte, will er sich dem Zeitgeist beugen und Teilzeitmodelle auch in leitenden Funktionen anbieten, obwohl die partiellen Absenzen dieser Arbeiter und Führungspersonen unweigerlich zu neuen Herausforderungen für sein KMU führen.

Des Weiteren bildet sein Unternehmen zwar beachtliche dreizehn bis sechzehn Lehrlinge aus, jedoch bereitet es dem Firmeninhaber Sorge, dass viele von den Auszubildenden den gesellschaftlichen Druck verspüren, eine BMS zu absolvieren und im Anschluss ein Studium in Angriff zu nehmen, was den Fachkräftemangel auf handwerklicher Ebene verschärft. Dadurch ist er gezwungen, den wenigen erfahrenen Berufsfachleuten ein gutes Arbeitsumfeld zu bieten, damit er dem derzeitigen Aufschwung aufgrund von E-Mobilität, Wärmepumpen und Photovoltaik-Anlagen gerecht werden kann.

Nach diesem tiefgründigen Einblick in die Alltagsrealität eines ortsansässigen KMU stellten sich die fünf Nationalratskandidaten zur Abrundung des Abends noch einzeln vor. Therese Schläpfer möchte sich als bisherige Nationalrätin nochmals den Herausforderungen in Bundesbern stellen und wies darauf hin, dass der wachsende Personalbedarf von Bund und Verwaltungen den schweizerischen KMUs die Arbeitskräfte raubt. Maria Wegelin berichtete von den Herausforderungen in der Stadt Winterthur, wobei sie sich auf das Thema Elektrizität fokussierte. Sie sprach von zehn geplanten Windanlagen im Raum Winterthur und rührte die Werbetrommel für eine Initiative, die 1000 Meter Abstand von Windanlagen zu Gebäuden fordert. Martin Hübscher versprach, sich gegen die Dividendenbesteuerung zur Wehr zu setzen, da sie den KMU erheblichen Schaden zufügen würde. Urs Wegmann gab in aller Bescheidenheit zu, dass er sich im Kantonsrat noch in der Einarbeitungsphase befindet und noch keine Stricke zerreißen konnte. Es sei ihm aber eine Ehre, auf der Nationalratsliste zu sein, und er setze sich



KR Martin Hübscher und seine Kollegen möchten die Rahmenbedingungen für KMU verbessern. Bild: ZVG

das realistische Ziel, bei den bevorstehenden Wahlen auf jener Liste nach oben zu rücken. Den Abschluss dieser Vorstellungsrunde bildete Tobias Weidmann, der vor Kurzem das essenzielle Präsidium der Finanzkommission im Kantonsrat übernahm. Er möchte vor allem die Basis spüren und deren Anliegen in Bern tatkräftig Gehör verschaffen. Mit der Verköstigung durch eine frei wählbare Pizza frisch aus dem Ofen und hausgemachtem Tiramisu ging ein gelungener Anlass zu Ende, wobei sowohl die ELPAG gemäss ihrem Slogan als auch die Nationalratskandidaten der SVP für Spannung sorgten.

Kevin Kübler, Redaktor Vorstand, SVP Bezirk Winterthur

## SVP WALLISELLEN

## Packende Polidiskussion in Wallisellen

Im Saal des Doktorhauses in Wallisellen stellten sich vier Spitzenkandidaten für den Nationalrat einem aufmerksamen Publikum, das danach noch lange beim Apéro weiter diskutierte. Nina Fehr Düsel (SVP) und Bettina Balmer (FDP) kontierten die gezielten Angriffe von Nicola Siegrist (SP und Jusos) und David Galeuchet (Grüne) souverän.

Moderiert wurde die geballte Ladung an unterschiedlichen Meinungen zu den Themen Sicherheit, Energie, Gesundheit, Wohnungsmarkt und Zuwanderung von

Marc Jäggi, dem Sendeleiter von Radio 1. Bettina Balmer und Nina Fehr Düsel konnten aus ihrer Praxis als Kinderchirurgin und Unternehmensjuristin die Argumente von Galeuchet und Siegrist in die Realität zurücksetzen. Bettina Balmer: «Ich wundere mich schon, wenn eine Mutter mit ihrer zweijährigen Tochter, die seit einigen Stunden Fieber hat, in den Notfall kommt und sagt, sie wisse nicht, wie man ein Fieberzäpfchen anwende.» Nina Fehr Düsel, selbst Mutter zweier Schulkinder: «Wir

bezahlen jetzt 1500 Franken für die Krankenkasse, das ist zu viel.»

Oder: «Ich arbeite als Juristin in einem Unternehmen, das sich aktiv dafür engagiert, selbst so viel Energie wie möglich einzusparen mit praktischen Massnahmen.» Dies als Antwort auf die Aussagen von Nicola Siegrist: «Mich stört die Langsamkeit in der Politik, weil die Bürgerlichen zögern und bremsen.» Oder David Galeuchet, der als studierter Biologe der Natur eine Stimme geben möchte: «Wir müssen die erneuerbaren Energien unbedingt mehr fördern.» Der VJ von TV Televista meinte beim Apéro: «Ich hätte am liebsten die ganze Diskussion aufgenommen, insgesamt ein fulminantes Erlebnis.»

José Garcia (FDP) ergänzte: «Fehr Düsel und Balmer haben mit Fakten und Zahlen überzeugt, die beiden Männer bleiben eher in der Theorie.»

Bettina Balmer meinte abschliessend: «Ich schätze die gute Zusammenarbeit mit Nina Fehr Düsel, denn manchmal ist es furchtbar chaotisch in der Politik.»

SVP Wallisellen



Sorgen für eine fulminante Podiumsdiskussion: NR-Kandidatin Nina Fehr Düsel mit Moderator Marc Jäggi. Bild: ZVG

## SVP AESCH ZH

## SVP-Standaktion an Aescher Märt und Neuzuzügeranlass



Aesch stand ganz im Zeichen der SVP. NR-Kandidat Andreas Leupi zusammen mit Diego Bonato (Präsident SVP Aesch) vor dem SVP-Stand. Bild: ZVG

Zur Nachhaltigkeits-Initiative sammelte die SVP Aesch ZH Mitte September beim Volg Aesch Unterschriften. Zudem warb Andreas Leupi, IT System Engineer und Präsident der SVP Bezirk Dietikon, für seine Nationalratskandidatur. An diesem Samstagmorgen fand gleichzeitig der Aescher Märt und der Aescher Neuzuzügeranlass statt.

Die SVP-Give-aways, insbesondere die Traubenzucker-Schächteli, fanden bei

den vielen Passanten sehr guten Anklang. Für die SVP-Nachhaltigkeits-Initiative gegen eine 10-Millionen-Schweiz und für eine Kontrolle der ungehemmten Einwanderung in dieses Land kamen einige Unterschriften zusammen. Standaktionen zum Thema Einwanderung bewegen.

Diego Bonato, Präsident SVP Aesch

## SVP GOSSAU

## Risotto-Plausch der SVP Gossau begeistert Besucher

Am Sonntag, 18. September, fand der alljährliche Risotto-Plausch der SVP Gossau statt. Er konnte mit mehreren Rekorde aufwarten. Noch nie zuvor durften so viele Gäste begrüsst und verwöhnt werden. Bei strahlendem Sonnenschein genossen diese das leckere Risotto und die angenehme Atmosphäre.

Obwohl deutlich mehr Reis gekocht wurde als in früheren Jahren, waren die Waschtröge von Aldo Cortesi rasch leer. Immerhin gelang es, auf die Schnelle noch zusätzliche Grillwürste zu beschaffen. Doch auch damit war bald Schluss und auch das Kuchenbuffet leerte sich in Windeseile.

Der Anlass hat sich in den letzten Jahren zu einem beliebten Treffpunkt für politisch Interessierte und Genieser entwickelt. Auch Gemeindepräsident Jörg Kündig und Gemeinderat Salvatore Giorgiano mischten sich unter die Menge. Als weiterer Gast durfte auch Nationalrat Bruno Walliser (SVP) begrüsst werden. «Wir sind überwältigt von der grossen Resonanz und dem po-

sitiven Feedback unserer Besucher», freute sich Gemeinderätin Elisabeth Pflughaupt. «Der Risotto-Plausch ist für uns eine Möglichkeit, mit den Menschen in unserer Gemeinde in Kontakt zu treten und gleichzeitig etwas Gutes zu tun. Wir sind stolz darauf, dass wir so viele Menschen begeistern konnten.»

Fester und wichtiger Bestandteil dieses Familienanlasses sind jeweils die Spiele für die Kinder, die in drei Kategorien untereinander wetteiferten. Auch hier war ein Teilnehmerrekord zu verzeichnen. Die Nationalratskandidaten Nina Fehr Düsel und Daniel Wäfler (beide SVP) halfen bei der Durchführung und liessen es sich nicht nehmen, die Rangverkündigung und die Preisverteilung vorzunehmen.

Die SVP Gossau kann stolz auf ihr Engagement und die positive Resonanz sein und freut sich bereits auf den nächsten Risotto-Plausch im kommenden Jahr.

Claudio Zanetti, alt Nationalrat SVP, Gossau



Nationalratskandidaten Nina Fehr Düsel und Daniel Wäfler verkünden die Rangliste. Bild: ZVG

## SVP UETIKON AM SEE

## Romaine Rogenmoser zu Besuch bei Grillabend mit Aussicht

Mit Gastrecht an absoluter Traumlage, nämlich bei Felix und Theres Weber-Gachnang, genossen die Sektionsmitglieder der SVP Uetikon am See ihren Grillabend. Der Sektionspräsident Raphael Bürgi durfte über zwei Dutzend Personen begrüssen und bewies seine Grillkünste. Getränke, Würste, Salate und Dessert, alles vom Vorstand offeriert, fanden grossen Anklang.

Der Abend versprach nass (dem Wetterumschwung geschuldet), aber interessant (der Referentin geschuldet) zu werden. Romaine Rogenmoser war einmal mehr mit ihrem selbstgebaute Alphon unterwegs und sie animierte die Anwesenden, ihr Können auf dem urschweizerischen Instrument gleich selber zu beweisen. Mit dem richtigen Kniff vermochte denn auch fast jeder, dem riesigen Instrument einige Töne zu entlocken, nachdem der 4-jährige Enkel von Webers den erfolgreichen Anfang gemacht hatte.

Dass Romaine aber nicht nur für den gemütlichen Teil sorgen wollte, machte sie in ihrem Input-Referat klar. Beim Gewerbe ortet Rogenmoser vielseitigen Handlungsbedarf. Sie ging auf drei Problemstellungen ein: erstens, die Konkurrenzierung bei den Arbeitskräften. Der Staat kann steuergeld-finanziert viel bessere Konditionen anbieten als die Pri-

vatwirtschaft und so dem Gewerbe Arbeitskräfte entziehen. Diese ungleich langen Spiesse gilt es, auszugleichen. Zweitens bedarf das duale Bildungssystem einer Stärkung. Insbesondere die Betriebe müssen administrativ und finanziell endlich entlastet werden. Drittens muss der Raubzug an unserem Eigentum, speziell auch wegen des neuen Klima- und Energiegesetzes, dringend gestoppt werden.

Ein weiterer Eingriff in die persönliche Freiheit und die Eigentumsrechte ist nicht akzeptabel, weder für Private noch fürs Gewerbe! SVP-Wähler haben nicht nur eine klare Haltung, sie sind auch wetterfest. Nach einem Dank an Romaine Rogenmoser und dem Aufruf, Gregor Rutz in den Ständerat zu wählen, folgte der länger dauernde gemütliche Teil.

SVP Uetikon am See



Uetikon am See kam in den Genuss des Alphonspiels von KR Romaine Rogenmoser. Bild: ZVG

WIEDERSEHEN IN KUNSTREICHER ATMOSPHERE

## Gelungenes Altbehördenmitglieder-Treffen in Herrliberg

Anfang September haben sich in Herrliberg die ehemaligen Zürcher Mitglieder des Kantons-, Regierungs-, National-, Stände- und Bundesrats der SVP getroffen. Am Nachmittag war man bei alt Bundesrat Christoph Blocher in seinem Bilderlager zu Gast.

RoMü. Letztmals trafen sich die ehemaligen SVP-Behördenmitglieder auf der Stufe Kanton und Bund 2019 vor Corona. Jetzt, vier Jahre später, ist nun dieses Treffen neu belebt worden. Angeführt von alt Kantonsrätin Theres Weber-Gachnang und unterstützt von ihren ehemaligen Ratskollegen Ueli Betschart und Felix Hess wurde ein kleines OK gebildet, welches nun zum Treffen nach Herrliberg für den ersten Teil in die Vogtei und am Nachmittag in das Bilderlager von Christoph Blocher eingeladen hatte. Zuerst folgte der Willkommensapéro, bei dem man sich bei sommerlichem Traumwetter im Garten traf. Dabei wurden viele Erinnerungen ausgetauscht und man freute sich über das Wiedersehen. «Wir haben insgesamt rund 150 Einladungen verschickt, rund 50 haben sich entschuldigt und 35 angemeldet», hielt Theres Weber-Gachnang fest.

### Reden von Mandatsträgern

«Unsere Gemeinde verfügt über ein 1,5 km langes Ufer am Zürichsee, ist 900 ha gross und steigt über fünf Gelände-

terrassen bis auf 847 m.ü.M. an», führte Gemeindepräsident Gaudenz Schwitler aus. Heute werden in dieser Gemeinde noch 17 Bauernhöfe gezählt und es wohnen 6800 Menschen aus 84 Nationen im Dorf, wobei die Deutschen mit rund 600 Einwohnern die grösste Diaspora stellen. Kantonsrätin und Vizepräsidentin der SVP Bezirk Meilen Marion Matter erinnerte humorvoll an ihre Schwyzer Herkunft. Zugleich warnte sie vor einer 10-Millionen-Schweiz, von welcher auch die Seegemeinden betroffen sind. Bereits heute wird es auf den Strassen Richtung Zürich eng.

Ein Heimspiel hatte SVP-Kantonalpräsident Domenik Ledergerber. Er ist aktuell der jüngste Kantonsrat in der SVP-Fraktion und zeigte in einem kämpferischen Grusswort auf, wie wichtig die anstehenden eidgenössischen Wahlen für einen Richtungswechsel in der Politik sind. Es steht viel auf dem Spiel: «Wir müssen die Wähler für unsere Interessen gewinnen und an die Urne bringen», sagte er. Zugleich kam auch er auf die immer steigende Bevölkerungszahl zu sprechen. «Wir spüren

alle den Dichtstress und unsere Infrastruktur ist am Limit», so Ledergerber warnend. «Es bleibt nun noch bis zum 22. Oktober Zeit, um alles für unser schönes Land zu geben. Entsprechend sagen wir allen: Grüezi – häsch scho gewählt?». Auch im nächsten Jahr möchte man diesen Anlass wiederum im Spätsommer oder Frühherbst durchführen. «Wir werden entsprechend auf einen Bezirk zukommen, welcher uns Gastrecht gewähren wird», hielt Theres Weber-Gachnang fest. Sie wünschte sich aber, dass sich auch die restlichen 50 Alträte ebenfalls melden würden.

### Verständlicher Kunstunterricht

Der noch spannendere Teil folgte am Nachmittag bei alt Bundesrat Christoph Blocher. Hoch über dem Zürichsee auf seinem Anwesen beherbergt er eine der grössten Gemäldesammlungen. «Sie stehen jetzt da auf einer Moräne des Linthgletschers, wo noch vor 15 000 Jahren 200 Meter hoch Eis lag und den gegenüber liegenden Zimmerberg ebenfalls zudeckte», sprach Gastgeber Christoph

Blocher mit Blick auf die laufenden Klimadiskussionen. Dann tauchten die Gäste in das unterirdisch angelegte «Bilderlager» ein. «In dieser Zone darf man kein Museum bauen. Deshalb haben wir nur ein Bilder- oder Schaulager realisiert, wo wir uns auch an strenge Auflagen der Gemeinde halten», so Blocher schmunzelnd. Doch gerade diese spezielle Lage unter dem Boden, ohne natürliches Tageslicht kommt den Ölbildern entgegen.

Nachdem 2015 eine erste grosse Bilderausstellung aus seiner Sammlung in Winterthur ein Grosse Erfolg war, kam die Idee auf, dieses Bilderlager anzulegen. «Ich sammle nur Bilder von Schweizer Künstlern aus der Zeitspanne von 1850 bis zum zweiten Weltkrieg», erklärte Blocher seinen Besuchern. Gesamthaft besitzt er rund 660, vorwiegend von Albert Anker, Ferdinand Hodler, Giovanni Giacometti, Giovanni Segantini, Félix Vallotton und Adolf Dietrich, welche je zu einem Drittel in seinem eigenen Heim, im Schloss Rhäzüns und eben im Bilderlager hängen. Heute sind Bilder aus seiner umfassenden Sammlung in aller Welt wie in Wien, an verschiedenen Orten in Amerika oder gar Tokio zu sehen. Wer von der Kunst und insbesondere von

der Malerei nichts versteht, erlebte dann auf der Führung durch die «La-gerräume» einen Lehrgang über die malende Kunst. Mit vielen Bildern verbindet sich die Geschichte mit Christoph Blocher. Mit oftmals viel Schalk im Gesicht und zahlreichen Anekdoten und Erinnerungen verstand es Christoph Blocher, auch die Laien bestens in die malende Kunst einzuführen.



Für den ehemaligen Gemeindegeschreiber Erich Rüfenacht war es ein ganz besonderes Erlebnis, als ihm Christoph Blocher die Besonderheiten von Ankers Bild «Der Gemeindegeschreiber» aufzeigte. Bild ZVG

ENERGIEPOLITIK

## SVP-Exkursion zum Windpark Verenafohren

Die Teilnehmer der SVP-Exkursion zum Windpark Verenafohren machten sich vor Ort ein Bild über die Auswirkungen der gigantischen Windturbinen, die der grüne Baudirektor auch im Kanton Zürich plant. Bei Diskussionen wurde klar: Alternative Energien werden von SVP-Mitgliedern nicht grundsätzlich abgelehnt.



Gigantische Dimensionen, aber geringe Ausbeute. Der Windpark Verenafohren nahe der Schweizer Grenze. Bild: ZVG

Auf Einladung von SVP-Nationalrätin Therese Schläpfer, SVP-Kantonsrat und Präsident der SVP Kanton Zürich Domenik Ledergerber und SVP-Kantonsrat Tobias Weidmann, alles Kandidaten der SVP für den Nationalrat, versammelte sich eine buntgemischte Gruppe aus über vierzig Interessierten bei der Mehrzweckhalle in Hettlingen, wo die aus anderen Kantonsteilen Angereisten mit Gipfeli, Tee und Kaffee empfangen wurden. Tobias Weidmann erklärte den Ablauf und Zweck der Veranstaltung, bevor uns ein Car zum Windpark Verenafohren in Deutschland fuhr, der mitten in einem Waldgebiet sehr nahe an der Schweizer Grenze liegt.

### Probleme sind augenfällig

Kaum auf dem Parkplatz, rund 300 Meter von einer der Windturbinen entfernt, angekommen, wurden wir bereits mit einem der Probleme von solchen Anlagen konfrontiert: In einem Umkreis von 300 m (das ist der Abstand zu Wohngebäuden, den der grüne Bauvorstand gegen den Willen der Betroffenen im Kanton Zürich durchsetzen will) sind überall Tafeln und Warnlichter angebracht, die darauf aufmerksam machen, dass man den Perimeter nicht betreten darf, wenn die Warnlichter in Betrieb sind. Des Weiteren wurden wir

uns durch die extra angelegten Hydranten einer weiteren Problematik bewusst – die Brandgefahr, die von den Windturbinen ausgeht. Nationalrätin Therese Schläpfer fragte zu Recht, wie man wohl ein bis zu 250 m hohes brennendes Windrad denn löschen wolle und sorgte sich bei einem Blitzschlag um den Funkenflug, der dabei entstehen könnte. Wie wir alle wissen, sind Gewitter genau zu der Jahreszeit üblich, zu der auch grosse Trockenheit herrscht und man uns die Höhenfeuer und Feuerwerke wegen Brandgefahr im Wald verbieten will. Zu Fuss begaben wir uns zur nächsten Windturbine, wo eine Tafel über die technischen Daten der Anlage Auskunft gab. Domenik Ledergerber informierte über die Ziele, die die SVP zusammen mit Verbündeten im Kantonsrat erreichen will. Es folgten Referate von Pierre-Yves Martin von der «Freien Landschaft Zürich», des Weiteren von einem Ingenieur, der die Problematik aus wirtschaftlicher Sicht erläuterte, sowie einem Befürworter dieser Alternativenergie. Schliesslich hat Rede und Gegenrede bei der SVP eine Tradition.

Die Diskussionen wurden immer lebhafter und schon mussten wir zum

Grillplatz aufbrechen, an dem uns von Nationalrätin Therese Schläpfer und den für den Nationalrat kandidierenden Kantonsräten Domenik Ledergerber und Tobias Weidmann offerierte Getränke und verschiedene Würste auf dem Grill erwarteten. Therese Schläpfer erläuterte hier die bezüglich Windenergie laufenden Geschäfte im Nationalrat.

Sowohl auf nationaler als auch auf kantonaler Ebene will die SVP zusammen mit Verbündeten erreichen, dass die Gemeinden die volle Autonomie in der Durchsetzung der Mindestabstände haben. Eigentlich in der Schweiz eine Selbstverständlichkeit, sollte man meinen.

### Ja zur Photovoltaik, Nein zu Windparks

Auch bei Wurst und Brot ging die Diskussion unter den Teilnehmern munter weiter. Es zeigte sich, dass alle alternative Energien befürworten. Viele unterhalten bereits seit vielen Jahren Photovoltaikanlagen und heizen energieeffizient mit alternativen Energien. In den persönlichen Gesprächen ging es einerseits um die Unverhältnismässigkeit der riesigen Kosten für solche

Anlagen und andererseits um die gesundheitlichen Auswirkungen der betroffenen Bevölkerung und deren verminderte Lebensqualität.

Nicht vergessen darf man auch, dass die Natur mit ihrer Tiervielfalt auf der Strecke bleibt. Unsere Wälder sind eher klein und die Natur und die Tiere sind jetzt schon dem Siedlungsdruck erbarmungslos ausgesetzt. Ganze Landstriche im schönen Kanton Zürich werden mit diesen Windturbinen veröden und dies bei einem kaum erwähnenswerten Beitrag zum Gesamtertrag der flatterhaften alternativen Energien. Der Konsument bezahlt zwei Mal – als Steuerzahler an die enormen Subventionen und als Konsument für die hohen Strompreise.

Während im dünn besiedelten und wesentlich windreicheren Dänemark inzwischen eine Entschädigung für

die kalte Enteignung der Liegenschaften durch Windturbinen in der Pipeline ist, denkt man bei uns noch nicht einmal darüber nach. Herr Neukom ist in der Stadt Winterthur ja auch nicht betroffen. In einer Stadt notabene, in der wie in Zürich schon die Erhöhung von bestehenden Gebäuden um ein einziges Stockwerk von rotgrüner Seite heftig bekämpft wird. Um ca. 14.30 h brachte uns der Car an die Ausgangsplätze zurück und uns bleibt der Dank an die Gastgeber Therese Schläpfer, Tobias Weidmann und Domenik Ledergerber für einen Anlass, der uns die Auswirkungen von solchen Anlagen vor Augen führte, auch wenn die besichtigte Windturbine sich leider nicht drehte, während die Betriebsmotoren unnützlich vor sich hin lärmten.

SVP Hettlingen

**Unternehmer nach Bern!**

**Hans-Ulrich Bigler**  
in den Nationalrat

2x auf jede Liste

Wählen Sie am 22. Oktober 2023 die **KMU-Unternehmerliste 22**

In den Ständerat: **Gregor Rutz** zusammen mit Regine Sauter

hansulrich-bigler.ch

SVP Die Partei des Mittelstandes

KMU geprüft NGV

**Ihre Stimme in Bern!**

**Nina**

Wahlen am 22. Oktober

**Fehr Düsel**  
In den Nationalrat

ninafehrdusel.ch

2 x auf Liste 1

SVP Die Partei des Mittelstandes

STEIGENDE LEBENSKOSTEN

# Kainsmal der linken Politik

Der Kaufkraftverlust der letzten Monate hat die Schweizer hart getroffen. Dabei wäre er vermeidbar gewesen. Und die Verantwortlichen sind schnell ausgemacht.



**Régis Ecklin**  
SVP Zollikon  
Zollikerberg

Erhöhung der Mieten, steigende Gesundheitskosten, explodierende Energiepreise und immer neue Steuern sind das Resultat der linken Politik, die seit Jahren betrieben wird.

Unkontrollierte Zuwanderung in Kombination mit überrissenen Flächennutzungsregelungen und Umweltschutzvorschriften haben zu einer Wohnraumknappheit und somit zu massiv höheren Mieten geführt.

### Explodierende Gesundheits- und Stromkosten

In der Gesundheitsversorgung steigen die Kosten stetig, da auch Zuwanderer und Flüchtlinge von Beginn an die gleichen Leistungen erhalten wie langjährige Prämienzahler. Der grosszügige Leistungskatalog, tiefe Franchisen und das Fehlen von Bagatellgebühren senken zusätzlich die Sensibilität für die

Gesundheitskosten in der Bevölkerung. Die Strompreise haben sich seit 2017 um 60% erhöht, was auf die Energiestrategie 2050 mit dem planlosen Ausstieg aus der Atomenergie und der Absicht, fossile Energieträger wie Öl und Gas durch unberechenbare Wind- und Sonnenenergie zu ersetzen, zurückzuführen ist. Die Energieverteuerung erhöht den Preis aller Alltagsgüter. Die Fleischproduktion verbraucht ebenso Energie wie die Herstellung von Brot, Plastikflaschen, Zahnpasta und Kinderspielzeugen. Und durch den (staatlich erzwungenen) Siegeszug von Wärmepumpen und E-Fahrzeugen dürfte es in den nächsten Jahren zu einem noch höheren Strombedarf und somit zu einem weiteren Preisanstieg kommen.

### Fiskalquote über OECD-Durchschnitt

Obwohl die Schweiz oft als Steuerparadies bezeichnet wird, liegt ihre Fiskalquote mit 40% deutlich über dem OECD-Durchschnitt. Im Laufe der letzten 20 Jahre wurden zahlreiche neue Steuern und Abgaben beschlossen. Dazu gehört die drastische Erhöhung der CO<sub>2</sub>-Abgabe von 12 Franken pro Tonne im Jahr

2008 auf mittlerweile 120 Franken und die geplante Steigerung auf 210 Franken bis 2030. Mit der Einführung von FABI wurde ein jährliches Budget von 6,4 Milliarden Franken für die Eisenbahninfrastruktur festgelegt. Zudem wurde für den Vaterschaftsurlaub die Mehrwertsteuer erhöht. Die hysterische Überreaktion auf das Coronavirus verursachte Kosten in Höhe von weit über 40 Milliarden Franken für Bund, Kantone und Prämienzahler. Die Kosten für Tests, Impfungen, Kurzarbeit, Härtefälle, nicht zurückerstattete Kredite, Geschäftsschliessungen, Entlassungen, Lernrückstände sowie Folgen der psychischen Belastung infolge der Erstreckung des öffentlichen und gesellschaftlichen Lebens werden uns finanziell noch sehr lange belasten. Die steigenden Lebenskosten sind die direkte Folge von linker Politik. Sie treffen die Ärmsten unserer Gesellschaft am härtesten. Aber die Linken foutieren sich majestätisch um das Leid der Ärmsten. Es ist an Heuchelei nicht zu überbieten, wenn diejenigen, die jede neue Steuer begrüssen, in den sozialen Medien ihre Empörung über die Verteuerung des Lebens zum Ausdruck bringen. Verantwortlich für den massiven Kaufkraftverlust der Schweizer Bevölkerung sind die roten und die grünen Sozialisten. Die SVP ist die einzige Partei, die für weniger Staat und mehr Freiheit steht.

Eine längere Version dieses Artikels erschien in der Weltwoche.

EIDGENÖSSISCHE WAHLEN

# Generation ü55 birgt grosses Potenzial für die SVP

Die 36 Persönlichkeiten auf der Liste 55plus (Liste 14) bringen unverzichtbare Lebenserfahrung. Bereits ein Vierteljahrhundert und mehr sind sie beruflich im Einsatz. Diese Generation hat wichtige Anliegen und leidet besonders unter dem Einwanderungsdruck. Die SVP muss das Potenzial der Generation 55plus nutzen.



**Bernhard Im Oberdorf**  
Kantonsrat SVP  
Zürich

Ältere Arbeitnehmer leiden besonders stark unter dem Einwanderungsdruck. Sie werden im Rahmen von Reorganisationen und Kostensenkungen oft vorzeitig pensioniert oder entlassen und durch Jüngere ersetzt, bei denen die Lohnkosten geringer sind. Besonders gross ist die Versuchung, ältere Mitarbeiter durch Eingewanderte zu ersetzen. Wer über fünfzig ist und im Zuge von Kosteneinsparungen auf die Strasse gestellt wird, hat trotz seiner beruflichen Erfahrung und seines Wissens oft grosse Mühe, eine neue Stelle zu finden: Überqualifiziert lautet dann der Tenor der Absage. Dann beginnt das Drama bis zur Erreichung des eigentlichen Pensionierungsalters: Wer ausgesteuert ist (und nicht mehr in den Arbeitslosenstatistiken erscheint), wird den Gang zum Sozialamt antreten oder eine Überbrü-

ckungsrente beim Bundesamt für Wirtschaft (SECO) beantragen. Diese Institution wurde neu geschaffen, sie ist aber nur von gut 600 Arbeitssuchenden in der ganzen Schweiz angerufen worden. Das hängt auch mit den Vergabekriterien zusammen.

### Raubzug auf Ersparnisse der Einheimischen

Als Killerkriterium gilt, wie beim Sozialamt, das eigene Vermögen, das zunächst weitgehend aufgebraucht werden muss: «Vermögensverzehr» heisst der Realität verniedlichende Begriff: Wer ein Leben lang gearbeitet und gespart hat, wird so um die Früchte seines Einsatzes für Wirtschaft und Gesellschaft geprellt, während oft von Ausländern beherrschte Unternehmen ihre Zahlen – oft mit Eingewanderten – «optimieren» können. Wenn es ganz dick kommt, fliesen Teile der Dividenden wieder ins Ausland ab. Analog ist das System bei den Zusatzleistungen: Da wird gemäss den gesetzlichen Regelungen nachgeschaut, wie viel Vermögen in den letzten zehn Jahren durch nicht existenziellen Verbrauch «verzehrt» wurde. Wer sich Reisen

oder Schenkungen «zuschulden» kommen lässt, wird mit einer Kürzung der Leistungen «bestraft». Pikanterweise wird diese Frist für Eingewanderte auf 5 Jahre verkürzt; wiederum sind jene diskriminiert, die sich – ein Leben lang – in der Schweiz engagierten. Es zeigt sich, dass auch in solchen Fragen ein dringender Handlungsbedarf besteht.

Aber auch mit vorzeitigen Pensionierungen werden die Lasten auf die Berufstätigen abgeschoben: Die Rentenkürzungen können empfindlich sein und sie sind oft alles andere als eine Problemlösung: Verminderte Renten sind dann, auch flankiert mit privaten Säulen, oft bei Weitem nicht geeignet, den Lebensstandard zu halten. Damit wird deutlich: Es ist ein Glücksfall für die Partei, dass sie über Kandidaten im erfahrenden Lebensalter verfügt, die fit genug sind, sich auch in kräfteaubenden Wahlkämpfen zu engagieren. Denn ein grosser Teil des Elektorsats stammt auch aus dieser Generation.

WARUM IN DIE FERNE SCHWEIFEN ...?

# Aargau statt Toskana



**Christoph Blocher**  
Alt Bundesrat SVP  
Herrliberg

Eigentlich wollten wir einige Herbsttage in der Toskana verbringen. Doch die Strassen seien verstopft, der Bahnverkehr kompliziert, die Flugplätze überfüllt. So beschlossen wir, Ferientage vor der Haustüre zu machen: im Aargau und im Solothurnischen.

Wie viele andere durchquere ich diese Gegend auf der Autobahn, ohne je anzuhalten, obwohl mir immer die beiden Schlösser von Oensingen und Balsthal auffallen. Diese mittelalterlichen Bauten werden mit viel Idealismus von Unterstützungsvereinen betreut. Wir erstiegen das prächtige Schloss Neu-Bechburg und betrachteten die Gegend einmal von der anderen Seite. Auch die Balsthaler Burg Alt-Falkenstein auf dem Felssporn der Klus ist sehr beeindruckend. «Das ist doch weit erlebnisreicher als die Toskana», dachte ich mir.

Dann ging's nach Windisch beziehungsweise Vindonissa. Was uns hier – vor der Haustür – an römischer Geschichte entgegentritt, ist umwerfend. Mir waren die Römer schon im Justizstudium immer sympathischer als die Griechen, denn sie bemühten sich um klare Strukturen und kämpften gegen die Unordnung. Es ist kaum zu glauben, was vor zweitausend Jahren in

Vindonissa an Infrastruktur gebaut worden ist: die Mauern, die Tore, die Gebäude, das Amphitheater. Die grösstenteils unterirdisch verlaufende Trinkwasserleitung wurde teilweise bis ins 19. Jahrhundert genutzt. Der gegen die Aare hinunter geschütete Schutthaufen ist eine Fundgrube für Archäologen! Dank dem Abfall wissen wir vieles über das tägliche Leben in diesem einstigen Legionärs-lager.

Der Rundgang ist ausgezeichnet beschriftet und höchst lehrreich. Das Vindonissa-Museum in Brugg vertieft die Eindrücke und erklärt, was die Soldaten alles konnten. Vom fernen Rom aus wurde die Legion in Vindonissa geführt! Während wir oft nicht einmal in der kleinen Schweiz Recht und Ordnung durchsetzen.



(Fast) So schön wie in der Toskana: Burg Alt-Falkenstein im Kanton Solothurn. Bild: Wikipedia

Mit genügend Energie in die Zukunft

In den Nationalrat

...für Eu ...mit Eu **Paul** ...von Euw

In den Ständerat: Gregor Rutz zusammen mit Regine Sauter

Liste 1 SVP Die Partei des Mittelstandes

Jetzt unterschreiben! Volksinitiative von Paul Mayer und Stefan Schmid

**Stopp Prämien-Schock:**

mittelstand-entlasten.ch

**Mittelstand entlasten. Schmid wählen!**

**Stefan Schmid** in den Nationalrat

Liste 1 SVP Die Partei des Mittelstandes

**Prämien-Schock bei den Krankenkassen stoppen**

2x auf Ihre Liste

**Paul Mayer** Unternehmer Kantonsrat In den Nationalrat

Liste 1 SVP Die Partei des Mittelstandes

Informationen zur Volksinitiative «Stopp Prämien-Schock» auf: [Mittelstand-entlasten.ch](http://Mittelstand-entlasten.ch)

Für eine sichere, freie und unabhängige Schweiz!

2x auf Ihre Liste

Wieder in den Nationalrat **Alfred Heer** erfahren – kompetent – hartnäckig

In den Ständerat: Gregor Rutz zusammen mit Regine Sauter

Liste 1 SVP Die Partei des Mittelstandes

**Ihre Stimmen in Bern** deshalb 2x auf jede Liste

In den Nationalrat

**Romaine Rogenmoser** [romainerogenmoser.ch](http://romainerogenmoser.ch)

**Christian Pfaller** [christian-pfaller.ch](http://christian-pfaller.ch)

**Roman Schmid** [roman-schmid.ch](http://roman-schmid.ch)

In den Ständerat: Gregor Rutz zusammen mit Regine Sauter

Liste 1 SVP Die Partei des Mittelstandes

Fadegrad



von Stefan Urech

Politik macht Schule

Als vor rund zehn Jahren der aktuelle Lehrplan für die Volksschule vom neunköpfigen Bildungsrat des Kantons Zürich genehmigt und eingeführt wurde, forderte die SVP, dass künftige Änderungen dieses Leitfadens für den Unterricht zusätzlich auch vom Zürcher Kantonsrat abgesegnet werden müssen. Mit diesem Anliegen blieb sie im Kantonsrat allein. Am vehementesten bekämpften die linken Parteien das Vorhaben. Das Parlament sei nicht das richtige Gremium, um über den Unterricht zu befinden, meinten die Grünen, da «parteiliche Interessen» nichts in dessen Gestaltung zu suchen hätten. Lernziele sollten sachlich, nämlich «von Experten» und nicht von Politikern bestimmt werden. Der Bildungsrat sei im Gegensatz zum Kantonsrat ein «fachlich und gesellschaftlich ausgewogenes Gremium» und somit die geeignete Instanz, um den Lehrplan auf die aktuellen Bedürfnisse unserer Schulen zuzuschneiden. Der Unterrichtskompass für Lehrer dürfe «nicht zum Spielball politischer Interessen» und die Volksschule «nicht zur Kampfarena von politischen Parteien werden», beteuerte die SP.

Im Zürcher Gemeinderat, wo die linksgrünen Parteien eine überwältigende Mehrheit haben, gilt allerdings die gegenteilige Maxime. Dort pushten SP und Grüne in den letzten Jahren laufend (links-)politische Unterrichtsziele. So soll an den Zürcher Schulen die «nachhaltige Ernährung» thematisiert (Grüne, GLP 2021) und «regelmässig und wiederkehrend über Rechtsextremismus» gesprochen werden (SP, Grüne, GLP 2022). Die bürgerlichen Parteien forderten, den Begriff «Rechtsextremismus» durch den Ausdruck «gewaltbereiter Extremismus» (egal ob rechts, links oder religiös motiviert) zu ersetzen. Die Linke lehnte mit der Begründung ab, dass das wahre Problem in der Schweiz der Rechtsextremismus sei. Auch die «Klimaziele der Stadt Zürich» sollen «in den Unterricht der Volksschule einfließen», und zwar «in alle Fächer» (Grüne 2022). Dabei sollen die «Klimasorgen» in den Zürcher Schulen angesprochen und die Schüler darüber informiert werden, wie sie sich gegen den Klimawandel «engagieren können». Kürzlich wurden im Auftrag der Stadt sogar zwei eigene, politische extrem einseitige Lehrmittel zu den Themen nachhaltiger Verkehr und Kolonialisierung/Rassismus erstellt. Kurzum: Wenn die Linke an der Macht ist, hält sie nichts von der andernorts in hehren Worten geforderten Neutralität in der Schule und gibt knallhart ihre politische Marschrichtung durch.

AUS DEM ZÜRCHER GEMEINDERAT

Der Stadtrat ist für den Zerfall von elementaren Grundwerten verantwortlich

Sicherheit und Freiheit sind elementare Grundrechte. Ohne Sicherheit und Freiheit kann unsere Gesellschaft nicht fortbestehen. Der Staat müsste seinen Hauptfokus auf die Erfüllung dieser Grundwerte legen. Doch der Stadtrat setzt bewusst unwichtige Schwerpunkte wie die Gendersprache und ist in seiner Amtsführung überfordert.



Samuel Balsiger  
Gemeinderat und  
Fraktionspräsident SVP  
Zürich

Der Stadtrat ist weder willens noch kompetent, eine glaubhafte Sicherheitspolitik zu betreiben. Zwei Beispiele, wie

unsicher es mitunter in der Stadt Zürich geworden ist: «Ein jugendlicher Eritreer soll seinen Nachbarn mit Messerstichen tödlich verletzt haben, als dieser einen Streit schlichten wollte.» (Tages-Anzeiger, 15. September 2023). «Schreckliche Tat im Zürcher Kreis 10: Ein Mann griff die Frau unvermittelt an und misshandelte sie sexuell. Die Frau wurde bei der Tat erheblich verletzt. Die Spurensicherung führte die Ermitt-

ler zu einem 26-jährigen Tunesier.» (20 Minuten, 5. September 2023).

Gewalt eskaliert

Auch rund um das Asylzentrum im Kreis 4 häufen sich die negativen Meldungen: Messerstecherei unter Asylanten. Schulkinder, die von Asylanten belästigt werden. Oder im Sandkasten und unter Laubhaufen liegen benutzte Spritzen. Auch die Jugendgewalt eskaliert. Gemäss SRF vom 13. Dezember 2022 waren Experten, dass die Zahl der Messerstechereien unter jungen Leuten zunehme. Aufgrund der eskalierenden Jugendgewalt «fühlen sich die Zürcher nicht mehr sicher», berichtet nau.ch.

Misstände häufen sich

Auch die linksextreme Gewalt hat «eine neue Dimension angenommen» (Zitat Stadträtin Karin Rykart). Im April 2023 ging ein linksextremer Mob unter anderem mit Eisenstangen, Steinen und Molotowcocktails auf Menschen los. Als neues Problemfeld kommt die linke Drogenpolitik hinzu. Im März 2023 forderte die SVP den Stadtrat zudem auf, die

Ausbreitung der Droge Crack in Zürich mit allen Mitteln zu verhindern. Damals gab es noch keine offene Drogenszene. Aber der Stadtrat handelte nicht. Heute haben wir in der Bäckeranlage wieder eine offene Drogenszene wie auf dem Platzspitz in den 1980er-Jahren.

Angriff auf die Freiheit

Nicht nur, dass der Stadtrat den Zerfall der öffentlichen Sicherheit begünstigt, er greift sogar noch bewusst die Freiheit der Bürger an. Der Stadtrat will mit Zwang und Beeinflussung eine neue Gesellschaft herbeizüchten. Die Menschen sollen nur noch Velo fahren, vegan essen, gendern, hohe Steuern zahlen und für die Klimahysterie den Konsum einschränken. So führt der rotgrüne Stadtrat zum Beispiel einen Krieg gegen das Auto und baut im grossen Umfang benötigte Parkplätze ab. Die Wahl über das Verkehrsmittel soll nicht mehr bei den Bürgern liegen.

Für die SVP mobilisieren

Unter Rotgrün gehen die elementaren Grundwerte Sicherheit und Freiheit kaputt. Gewinnen am 22. Oktober bei den eidgenössischen Wahlen die Linken, droht uns diese schädliche Politik auf Bundesebene für weitere vier Jahre. Rotgrün darf auf keinen Fall die Wahlen gewinnen. Mobilisieren Sie deshalb Ihr privates Umfeld, ebenfalls SVP zu wählen. Jede Stimme ist wichtig – für eine sichere Zukunft in Freiheit.



«An den Wochenenden ist die Wahrscheinlichkeit hoch, dass wir eine Messerstecherei oder mehrere Massenschlägereien mit Verletzten haben», sagt Jörg Bartholet, der seit 20 Jahren Polizist in der Stadt Zürich ist. (NZZ, 10. Oktober 2022)

Bild: iStock

AUS DEM DIETIKER GEMEINDEPARLAMENT

Eine Stadt im Wandel

Dietikon verändert sich stark. Wir müssen diesen Wandel mitgestalten. Dies ist nur möglich, wenn wir uns am politischen Prozess beteiligen.



Konrad Lips  
Fraktionspräsident/  
Gemeinderat SVP  
Dietikon

Das letzte Mal berichtete ich über eine Abstimmung, bei der es um viel Geld ging. Leider war die Stimmbeteiligung erneut sehr niedrig; nur knapp 24% der Stimmberechtigten fanden den Weg zur Urne. Die Stadt hat bereits verschiedene Massnahmen ausprobiert, um die Beteiligung zu erhöhen. Mit Blick auf die nationalen Wahlen muss es uns gelingen, den Wähleranteil zu steigern. Hier sind alle gefordert: sowohl die Kandidaten als auch die gesamte Bevölkerung. Wir müssen den Menschen wieder vor Augen führen, welches Privileg wir in der Schweiz haben, in vielen Angelegenheiten mitbestimmen zu können, sei es in der Gemeinde, im Kanton oder auf nationaler Ebene. Daher rufe ich alle auf, wählen und abstimmen zu gehen. Nur so können wir das Land mitgestalten.

Eine Stadt im Wandel

Dietikon wächst und wird sich verändern. Wir können dies nicht aufhalten, auch wenn dies verschiedene Kreise wünschen würden. Da wir einen erhöhten Bedarf an Schulhäusern haben, wurde uns bereits das Siegerprojekt des Schulhauses Luberzen präsentiert. Dies ist das einzige Schulhaus in Dietikon, das

nicht geschützt ist. Das Projekt scheint zweckmässig und kann die Anforderungen verschiedener Akteure erfüllen. Es wird zu einem späteren Zeitpunkt in einer vorberatenden Kommission genauer unter die Lupe genommen.

Der Bahnhofplatz samt Busbahnhof wird ebenfalls umgestaltet. Dietikon ist ein zentraler Knotenpunkt für den öffentlichen Verkehr in der Region. Hier treffen verschiedene S-Bahn-Linien, die Limmattalbahnhof und die Bremgarten-Dietikon-Bahn zusammen, und es fahren zahlreiche Buslinien in die Gemeinden des Bezirks. Da die Busse immer länger werden und behindertengerecht sein müssen, besteht Handlungsbedarf. Bei diesem Projekt kooperiert die Stadt eng mit der SBB, die den Bereich rund um den Bahnhof ebenfalls umgestalten möchte.

Drohender Verkehrskollaps

In Bezug auf den Verkehr in Dietikon sind wir am Anschlag. Bei der Errichtung der Limmattalbahnhof wurde der Bevölkerung versprochen, dass übergeordnete Strassen ausgebaut werden, um den Verkehrsfluss zu verbessern. In vielen Limmattaler Gemeinden ist das noch nicht geschehen. Das zuständige Amt schiebt den Ausbau lieber auf. Das führt dazu, dass es fast täglich zu Staus kommt. Wenn dann noch Rückstaus von der Autobahn hinzukommen, stehen wir kurz vor einem Verkehrskollaps.

Eine Anfrage der Linken liegt bereits vor, die fragt, wie die verkehrsberuhigenden Massnahmen im Zentrum um-

gesetzt werden. Sie sollten besser beim zuständigen Regierungsrat anklopfen und ihn eindringlich daran erinnern, was der Bevölkerung vor der Abstimmung zur Limmattalbahnhof versprochen wurde. Da Dietikon an einen Nachbar-kanton grenzt, ist es wichtig, einen Gesamtüberblick zu haben und auch

über die Kantonsgrenzen hinweg zu schauen. Dies wird vom Dietiker Stadtrat getan, der mit verschiedenen Planungsgruppen zusammenarbeitet, um eine regionale Lösung zu finden.

Wir sind gespannt, wie der Kanton den Engpass in der Fahrweid bewältigen wird.



Das Dietiker Stadtbild hat sich in den letzten Jahren stark verändert.

Bild: Thomas8047 (pxhere.com)

**Welche Ständeräte braucht Zürich?**

Der Gewerbeverein Stäfa lädt Sie ein, die offiziellen Ständeratskandidaten der Parteien in einer Podiumsdiskussion zu erleben und im Anschluss persönlich bei einem Apéro kennenzulernen.

SR Daniel Jositsch SP	Stadtrat Daniel Leupi Grüne	NR Tiana Angelina Moser GLP	NR Philipp Kutter Die Mitte	NR Regine Sauter FDP	NR Gregor Rutz SVP

19:15 Uhr Türöffnung  
19:30 Uhr Begrüssung, Beginn Podiumsdiskussion  
21:30 Uhr Apéro mit den Kandidaten  
22:00 Uhr Zapfenstreich

Dienstag, 10. Oktober 2023,  
Gemeindsaal Kath.Kirche, Kreuzstrasse 15, 8712 Stäfa

Reise mit ÖV wird empfohlen. Die Kath. Kirche ist 250m vom Bf Stäfa entfernt, Parkplätze sind vorhanden.

**Junge SVP**

**SCHWEIZER QUALITÄT**

**SVP**

**IHR TRIO GRANDE**  
**2X AUF IHRE LISTE**

**MAKE ZÜRI GREAT AGAIN**

**LISTE 15** **LISTE 14** **LISTE 15**

**SEBASTIAN BAUERT**  
**KARL BERTSCHINGER**  
**RICO VONTOBEL**

# Unterschiedliches Auftreten – gleicher Inhalt



Daniel Jositsch und Tamara Funicello stimmen inhaltlich grossmehrheitlich überein! **Niemand von der SVP würde Funicello in den Ständerat wählen.**

**Deshalb darf auch der stramm linke Daniel Jositsch KEINE einzige SVP-Stimme erhalten!**



SVP-Unterstützer wählen  
in den **Ständerat:**  
**Gregor Rutz**  
zusammen mit Regine Sauter



SVP-STAMM

**Bezirk Dietikon/Birmensdorf und Urdorf**

Jeden ersten Samstag im Monat, ab 10.00 Uhr, im Bistro Alterszentrum am Bach, Birmensdorf.

**Bezirk Horgen/Adliswil**

Jeden letzten Donnerstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Pot Belly's, Soodring 21, Adliswil.

**Bezirk Meilen/Stäfa**

Jeden zweiten Dienstag im Monat, von 19.00 – 22.00 Uhr, Gasthof zur Sonne, Seestrasse 37, Stäfa.

**Bezirk Pfäffikon/Pfäffikon**

Jeden ersten Samstag im Monat, von 11.00 – 12.00 Uhr, Restaurant Hecht, Usterstrasse 8, Pfäffikon.

**Bezirk Andelfingen/Marthalen**

Freitag, 13. Oktober 2023, 17.00 Uhr, Standaktion, bei der Landi, Marthalen, mit Nationalrat Martin Haab und Kantonsrat Martin Hübscher.

**Bezirk Dietikon / Birmensdorf**

Samstag, 21. Oktober 2023, 14.00 Uhr, Jassmeisterschaft, Gemeindezentrum Birmensdorf. Anmeldung an yannik.haelg@svp-birmensdorf.ch.

**Bezirk Hinwil/Wetzikon**

Samstag, 7. Oktober 2023, 09.00 – 13.00 Uhr, Standaktion, vor dem Züri-Oberland-Märt, Wetzikon.

**Bezirk Horgen/Richterswil**

Samstag, 7. Oktober 2023, 11.00 – 14.00 Uhr, Standaktion, Schützengass 5, Richterswil, mit Nationalrat Thomas Matter sowie den Kantonsräten Anita Borer und Domenik Ledergerber.

Dienstag, 10. Oktober 2023, 17.30 Uhr, After-Work-Party, Rondell Bar, Schwyzerstrasse 2, Richterswil, mit den Nationalräten Alfred Heer und Thomas Matter.

**Bezirk Uster/Dübendorf**

Samstag, 7. Oktober 2023, 09.30 – 11.45 Uhr, Standaktion, Adlerplatz, Dübendorf.

Donnerstag, 12. Oktober 2023, 06.00 – 08.00 Uhr, Standaktion, Bahnhof Dübendorf.

**Bezirk Uster/Uster**

Freitag, 6. Oktober 2023, 18.00 Uhr, Oktoberfest Züri-Oberland, Landihalle, Uster, mit den Nationalräten Thomas Matter, Mauro Tuena, Bruno Walliser, Therese Schläpfer und Benjamin Fischer sowie den Kantonsräten Anita Borer und Martin Hübscher.

**Bezirk Winterthur/Wiesendangen**

Samstag, 7. Oktober 2023, 16.00 Uhr, Standaktion, an der Chilbi, Wiesendangen, mit Nationalrat Martin Haab und Kantonsrat Martin Hübscher.

**Stadt Winterthur/Altstadt**

Samstag, 14. Oktober 2023, 11.00 – 14.00 Uhr, Standaktion, Grabenplatz, Winterthur, mit Nationalrat Thomas Matter sowie den Kantonsräten Anita Borer und Domenik Ledergerber.

**Stadt Winterthur/Wülflingen**

Freitag, 6. Oktober 2023, 16.30 Uhr, Feierabend-Bier, Taverne zum Hirschen, Lindenplatz 2, Winterthur, mit Nationalrat Thomas Matter.

**Stadt Zürich / Kreis 1 und 2**

Freitag, 20. Oktober 2023, 16.00 – 19.00 Uhr, Standaktion, Rathausbrücke, Zürich, mit Nationalrat Thomas Matter sowie den Kantonsräten Anita Borer und Domenik Ledergerber.

**Stadt Zürich/Kreis 7 und 8**

Donnerstag, 12. Oktober 2023, 17.30 Uhr, After-Work-Party, Seefeld Bar by Enzo, Seefeldstrasse 184, Zürich, mit den Nationalräten Alfred Heer und Thomas Matter.

**Stadt Zürich/Kreis 9**

Samstag, 7. Oktober 2023, 09.00 – 12.00 Uhr, Standaktion, Lindenplatz, Zürich-Altstetten.

Samstag, 14. Oktober 2023, 09.00 – 12.00 Uhr, Standaktion, Lindenplatz, Zürich-Altstetten.

**Stadt Zürich/Kreis 10**

Samstag, 7. Oktober 2023, 09.30 – 11.30 Uhr, Standaktion, Kappenbergweg, Zürich-Höngg.

Samstag, 14. Oktober 2023, 09.30 – 11.30 Uhr, Standaktion, Röschiachplatz, Zürich-Wipkingen.

**Stadt Zürich/Kreis 11**

Samstag, 7. Oktober 2023, 09.00 – 12.00 Uhr, Standaktion, Marktplatz, Zürich-Oerlikon.

Samstag, 14. Oktober 2023, 09.00 – 12.00 Uhr, Standaktion, Marktplatz, Zürich-Oerlikon.

SVP-VERANSTALTUNGEN

**Bezirk Andelfingen/Andelfingen**

Freitag, 13. Oktober 2023, 18.00 Uhr, Standaktion, beim Volg, Andelfingen, mit Nationalrat Martin Haab und Kantonsrat Martin Hübscher.

**Bezirk Andelfingen/Kleinandelfingen**

Freitag, 13. Oktober 2023, 18.00 Uhr, Wahlkampf Anlass, Gehrig Carrosserie AG, Schaffhauserstrasse 66, Kleinandelfingen, mit Nationalrat Thomas Matter.

WEITERE VERANSTALTUNGEN

Sonntag, 22. Oktober 2023, 16.00 Uhr, Kantonaler Wahltreff, Restaurant Rössli, Kemptalstrasse 52, Illnau.

Dienstag, 24. Oktober 2023, 19.30 Uhr, Delegiertenversammlung der SVP des Kantons Zürich, Restaurant Schützenhaus, Schaffhauserstrasse 201, Winterthur.

IMPRESSUM

**Zürcher Bauer**

ISSN 1660-6701  
ISSN 2296-3480

**Der Zürcher Bote**

Offizielles Organ des Zürcher Bauernverbandes.

Offizielles Organ der Schweizerischen Volkspartei des Kantons Zürich.

**Abonnementspreis:** Für die Schweiz jährlich Fr. 73.– + 2,5 Prozent MwSt. **Redaktion:** ZBV, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, bauernverband@zbv.ch, Ferdi Hodel (FH), Telefon 044 217 77 33, Fax 044 217 77 32. **Insertionspreise:** www.zbv.ch/Zürcherbauer/inserte.aspx. **Abonnementsdienst:** Zürcher Bauernverband, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 33, Fax 044 217 77 32, bauernverband@zbv.ch.

**Abonnementspreis:** Für die Schweiz jährlich für Parteimitglieder Fr. 55.–, für Nichtmitglieder Fr. 75.–. **Redaktion:** SVP, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, zb@svp-zuerich.ch, Dr. Daniel Rickenbacher, Telefon 044 217 77 67. **Insertionspreise:** www.svp-zuerich.ch/zuercher-bote. **Abonnementsdienst:** SVP des Kantons Zürich, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 66, sekretariat@svp-zuerich.ch.

Erscheint jeden Freitag. **Inseratenannahme:** SVP des Kantons Zürich, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 63, inserte@svp-zuerich.ch. **Inseratenschluss:** Mittwoch, 12.00 Uhr. **Veranstaltungsmeldungen:** veranstaltungen@svp-zuerich.ch **Layout:** cube media, Binzstrasse 9,

Samstag, 21. Oktober 2023, 09.00 – 12.00 Uhr, Standaktion, Marktplatz, Zürich-Oerlikon.

Samstag, 21. Oktober 2023, 09.00 – 12.00 Uhr, Standaktion, Schwamendingerplatz, Zürich.

**Stadt Zürich/Kreis 12**

Samstag, 7. Oktober 2023, 09.00 – 12.00 Uhr, Standaktion, Schwamendingerplatz, Zürich.

Samstag, 14. Oktober 2023, 09.00 – 12.00 Uhr, Standaktion, Schwamendingerplatz, Zürich.

**Ständeratskandidat**

**Gregor Rutz**  
im Einsatz



**Montag, 9. Oktober**  
18.30 Uhr

**Podiumsdiskussion in Zollikon**  
mit Gregor Rutz, aBR Ueli Maurer, Prof. Martin Janssen und Dominik Feusi (stv. Chefredaktor Nebelspalter)  
Gemeindsaal, Rotfluhstr. 96, 8702 Zollikon

**Dienstag, 10. Oktober**  
19.15 Uhr

**Grosses Wahlpodium in Stäfa**  
mit den Ständeratskandidaten  
Kath. Kirchgemeindsaal, Kreuzstr. 15, 8712 Stäfa

**Mittwoch, 11. Oktober**  
18.00 Uhr

**Finanzplatz Schweiz auf dem Weg zur Planwirtschaft?**  
mit aBR Ueli Maurer, Beat Kappeler, Olivier Kessler (Liberales Institut) und aNR Arthur Loepfe (Präsident alliance finance)  
Zunftthaus zur Schmiden, Marktgasse 20, 8001 Zürich

**Freitag, 13. Oktober**  
17.30 Uhr

**Gewerbeapéro in Maur**  
mit Gregor Rutz und Bruno Sauter (Präs. Gewerbeverein Maur)  
Stallstube (Schopf), Relikonstr. 53, 8124 Maur

**Samstag, 14. Oktober**  
09.00 – 11.00 Uhr

**Standaktion SVP Zollikon**  
Dorfplatz, Rotfluhstr. 96, 8702 Zollikon

**Samstag, 14. Oktober**  
10.00 – 13.00 Uhr

**Standaktion SVP Kreis 7/8**  
Zentrum Witikon, Witikonstr. 279/299, 8053 Zürich



rutz-fuer-zueri.ch



**DJ TOMMY & DJ FREDI**  
Matter Heer

**AFTER-WORK PARTYS**

**HAPPY HOUR**  
17:30-18:30

10 OKT Rondell Bar  
Schwyzerstrasse 2, Richterswil

12 OKT Seefeld Bar by Enzo,  
Seefeldstrasse 184, Zürich

Komm vorbei – jeweils ab 17.30 Uhr!

Nachhaltigkeits-Initiative

**Keine 10-Millionen-Schweiz**

Das will die Initiative erreichen:  
JA zu einer nachhaltigen Bevölkerungsentwicklung statt zu einer ungesteuerten, ungebremsten Bevölkerungsexplosion.

10 Millionen

Jetzt Volksinitiative unterschreiben

nachhaltigkeitsinitiative.ch

Spendenkonto:  
IBAN: CH45 0884 5330 3556 0000 0  
IG Nachhaltigkeitsinitiative

**JA ZUR SCHWEIZER NEUTRALITÄT**

**DIE NEUTRALITÄTSINITIATIVE**

- Freiheit und Selbstbestimmung sichern
- Sicherheit, Frieden und Wohlstand bewahren
- Gute bilaterale Beziehungen zu allen Staaten pflegen

neutralitaet-ja.ch

**Öffentliches Podiumsgespräch**

Ueli Maurer  
alt Bundesrat

Gregor Rutz  
Nationalrat  
Ständeratskandidat

Martin Janssen  
CEO ECOFIN Group /  
em. Professor für  
Finanzökonomie

Dominik Feusi  
stv. Chefredaktor  
Nebelspalter

**Standort Schweiz - wie weiter?**  
Wir freuen uns, Sie zu einem spannendem Podium einladen zu dürfen. Es diskutieren Vertreter aus Politik, Wirtschaft und Medien.

**Montag, 9. Oktober 2023, ab 18.30 Uhr**  
Gemeindsaal Zollikon, Rotfluhstr. 96, 8702 Zollikon

18.30 Uhr Türöffnung mit Stehempfang und kleinem Imbiss

19.30 Uhr Begrüssung durch **Stephan Geiger** (Präsident SVP Zollikon)

anschl. Podiumsdiskussion mit alt Bundesrat **Ueli Maurer**, Professor **Martin Janssen**, **Dominik Feusi** und Nationalrat **Gregor Rutz**  
Moderation: **Reto Brennwald**

anschl. Ausklang bei einem Umtrunk.

Alle sind herzlich willkommen - insbesondere auch Nichtmitglieder!

rutz-fuer-zueri.ch